

Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetz-Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Aufgang C
Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 4 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 4 Sonnabend, den 28. Januar 1922 26. Jahrgang

Im neuen Heim!

Eigentlich müßte die Überschrift lauten: „Wieder im alten — neuen Heim!“ Am 24. und 25. Januar ist die Uebersiedelung vor sich gegangen; sollte nun in der Verantwortung von Briefen und im Materialverfall der letzten Tage eine Verzögerung eingetreten sein, dann haben die Verbandsmitglieder dafür die Erklärung. Jeder weiß, daß ein Umzug nichts Angenehmes hat, denn ein Wohnungswechsel gleich einem Umsturz im Kleinen, bei dem der Wiederaufbau und die Neueinrichtung ebenfalls eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen.

Stolz und trotzig ragt das wiedererrichtete Volkshaus an der Zeiger Straße über alle anderen Gebäude hinweg; die frühere Front ist bedeutend verlängert, und mit seiner blühfauberen Sandsteinfassade (neben Postamt wurde vorwiegend Cottaerstein verwendet) lenkt es den Blick jedes Vorübergehenden auf sich. Ja, der blüdeste Spiegel richtet seine Blicke schon und fragend empor! Der Bau, den nationalistisch aufgeweckte Umhänder zum Teil zerstört hatten, ist prächtiger aus den Brandruinen entstanden, von dem Willen und der Kraft der sozialistischen Arbeiterarbeit Zeugnis ablegend. Die Blicke jedes Vorübergehenden bleiben auch haften an der Ausmündung der gefälligen Architektur — dem Turm —, von dessen Spitze die rote Fahne im Winde flattert. Vom Godel des Turmes glänzt in goldener Blöckchenschrift: „Trotz alledem!“

Das Volkshaus in Leipzig ist sicherlich nicht nur eines der imposantesten, schönsten und schenkwertesten Gebäude in der internationalen Metropole Leipzig mit seinem Welt Ruf, sondern wohl überhaupt das schönste und größte Arbeiterheim in Deutschland und weit über dessen Grenzen hinaus. Wenigstens soweit wir Gelegenheiten hatten, Vergleiche anstellen zu können, trifft es zu. Die sozialistische Arbeiterarbeit Leipzig ist stolz auf diesen Bau, kann es auch sein, und sie ist allen jenen dankbar, die in alter Ueberlieferung der Solidarität geholfen haben durch Geldspenden den Wiederaufbau zu ermöglichen; wenn auch das stolze Gefühl über den Wiederaufbau hin und wieder etwas getrübt wird durch das leider noch bestehende Hin- und Hergeratter in der sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

Die Volkshausfassade wird jeden Steinmetz, besonders einen Steinmetz mit Veruschfreude (bitte aber nicht mißverstehen) erfüllen, denn man findet selten eine so mächtige Sandsteinfassade, die sich in solch einschmeichelnder Weise dem Besucher einprägt und dem Steinmetzen besonderes aufgibt. Er wird unwillkürlich der immer mehr verdrängten Werksteinarbeit für Hochbauten gedenken, die sich hier dem Auge in voller Schönheit präsentiert. Da nun im Sommer dieses Jahres der Verbandstag im Leipziger Volkshaus stattfinden, haben eine bestimmte Zahl unserer Kollegen aus allen Ecken Deutschlands Gelegenheit, den aus den Brandruinen neuerstarrten Bau zu sehen und wir sind überzeugt, daß jeder sagen wird, die kurze Notiz, die dem Redakteur bei der Uebersiedlung aus der Feder floß, war nicht übertrieben!

Die Adresse für alle Funktionen des Verbandes: Vorstandes, Schriftleitung und Gaubewaltung vom III Gau lautet nunmehr: Zeiger Straße 30 IV, Aufgang C, Volkshaus.

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperrt, Streik, Zugang fernhalten“ in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zählstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandes und kann ausgeschlossen werden.

Sperrt: Betrieb Reiner in Augsburg-Persee. Firma Buchmeyer in Gerdecke. In Bremen die Grabsteingeschäfte Berger und Traupe, S. Riedel, Fr. Wachsmuth, Eggert, Winter und Kuth, Fr. Wirth und Co. In Raumburg Platz Horn. Das Grabsteingeschäft von Franz Kolf in Paderborn. In Merseburg sämtliche Grabsteingeschäfte.

Streik: In Steinach (Sa. Kleinert). In Mühlhausen, Thür. (in sämtlichen Grabsteingeschäften sowie bei Högel und Ortlepp in Gayrode). In Merseburg Platz Grünike. In Langensalza (Gebr. Ritsche). In Großschuch. Im Elb-Postamt Gebiet (Steingewinnung und Mühlsteinarbeiter).

Zugang ist fernzuhalten: Außer den genannten Orten unter Sperrt und Streik von Osterwald (Platz Meine u. Ille mann), Sillingen (Firma Pöhler), von den Grabsteingeschäften in Friedberg und Bad Nauheim (Hessen). Von München (allgemein), von Bennigsen a. Weister, von Sillingen a. Donau (Grabsteingeschäfte).

Steigerungswald- und Gabelbacher Sandsteingebiet. Die Unternehmer des Gebietes gewährt es jetzt endlich eine Lohnzulage von 10 Prozent ab 27. Januar 1922 und endlich diese neuen Lohnsätze dann bindend sein bis Ende Februar. Die Arbeiterarbeit muß dieses Angebot als ganz unannehmbar bezeichnen und wurde der Schlichtungsausschuss Schweinfurt angerufen.

Sandsteingebiet des unteren Maines. Die Unternehmer lehnten den Schaffensburger Schlichtungsausschuss ab und bewilligten nur Teillöhne der Erhöhung. Das Landesbeirungsamt Nürnberg wurde zwecks Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsausschusses angerufen. Die Arbeitgeber dieses Gebietes haben von jeher wenig soziales Verständnis der Arbeiterarbeit gegenüber gezeigt, ihr jetziges Verhalten ist aber noch unverständlicher.

Langensalza. Nachdem die Firmeninhaber „Deutsche Erwerbswerke“ die Mühlhauer Lohnvereinbarung auch für ihren Betrieb anerkannten, konnte der Streik beendet werden. — Bei Gebr. Ritsche dauert die Arbeitseinstellung jedoch noch an.

Mahen. Am 4. Januar hat der hiesige Schlichtungsausschuss durch Schiedspruch die Löhne für das Ettringer Luftstein-Gebiet wie folgt festgesetzt: 1. Steinmetzen im Aktord erhalten 100 Prozent Teuerungszulage. 2. Steinmetzen und Stößer im Zeitlohn pro Stunde 10.20 Mark. 3. Steinbrecher pro Stunde 10 Mark. 4. Ungelernte Arbeiter erhalten über 22 Jahre 8 Mark, über 20 Jahre 7.80 Mark, über 18 Jahre 6.80 Mark, über 17 Jahre 5 Mark, über 16 Jahre 4 Mark pro Stunde. 5. Als Soziallohn ist zu gewähren: a) für den Haushaltungsvorstand pro Schicht 2 Mark, b) für jedes Kind bzw. Pflegekind unter 14 Jahren 1.50 Mark. Falls der Sohn einer Kriegserwitwe alleiniger Ernährer der hinterbliebenen Familie ist, so tritt dieser bezüglich der sozialen Zulagen (zu a und b) an die Stelle des verstorbenen Vaters. 6. Ründigungsfrist 3 Wochen, und zwar an einem Sonnabend. Diese Lohnbestimmung trat ab 2. Januar in Kraft.

Rilshausen und Tauberhirschheim i. Baden. Die Stundenlöhne in den hiesigen Naturwehleinfabriken wurden am 1. Januar 1922 um 1.40 Mark erhöht. Das Lohnabkommen gilt auf unbestimmte Zeit.

Brotpreiserhöhung.

Den Verbandsmitgliedern ist bereits durch die Tagespresse bekannt geworden, daß Mitte Februar (16.) eine 75prozentige Preiserhöhung des Brotes eintritt. Das sind nette Ausichten im Hinblick auf den Lohn, dessen Kaufkraft und die vielen, vielen ungedeckten Bedürfnisse in den Arbeiterfamilien. Zu der Erhöhung schreibt das Korrespondenzblatt des ADGB in Nr. 3: Das Reichsernährungsministerium hat eine Erhöhung des Preises des den Kommunalverbänden überlassenen Mehles von 75 Prozent angekündigt, woraus sich eine dementsprechende Brotpreiserhöhung ergibt. Diese Maßnahme wird begründet mit dem Hinweis, daß die für das laufende Erntejahr im Reichshaushaltplan bewilligten 3,27 Milliarden Mark für Verbilligung des aus dem Ausland bezogenen Getreides infolge der Verschlechterung des Standes der deutschen Mark nicht annähernd mehr hinreichen, um den jetzigen Brotpreis bis zum 15. August 1922, wie beabsichtigt war, aufrechtzuerhalten, und daß angesichts der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches und des Verlangens der allierten Regierungen, die Zufüsse zur Volksernährung einzustellen, Nachbewilligungen unmöglich erschienen. Sollte man die geltenden Brotpreise bis Mitte August beibehalten, so würden nach dem jetzigen Dollarstand 16,4 Milliarden Mark Reichszufüsse erforderlich sein, während eine 75prozentige Preiserhöhung diesen Aufwand immer erst auf 10,6 Milliarden Mark herabsetzt. (Eine gänzliche Beseitigung der Zufüsse hätte statt einer 75-prozentigen Preiserhöhung beim gegenwärtigen Dollarstand eine solche um etwa 210 Prozent zur Voraussetzung.)

Die genannte Preiserhöhung würde den einzelnen bei einem Wochenverbrauch von 2 Logogrammen und einem Brotpreis von 7.50 M. pro Zweifelhrot mit einer wöchentlichen Mehrausgabe von 5.62 M. belasten, ein Ehepaar mit 11.25 M., eine vierköpfige Familie mit 22.50 M. Der Jahresaufwand erhöhte sich um 292.50 M. für den einzelnen, 585 M. für das Ehepaar und 1170 M. für die vierköpfige Familie

Bei dieser Mehrausgabe wird es indes nicht bleiben, denn der Brotpreis gehörte von jeher zu den Preisgrößen, die sich lawinenartig im Wirtschaftsleben auswirken. Jeder wird für den Mehraufwand Dedung suchen, und so wird eine Preiserhöhung die andere treiben. Auch Lohn erhöhungen können nicht ausbleiben, denn man kann den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht zumuten, sich die Mehrausgabe an ihren ohnehin unzureichenden Bezügen noch abzuhängen. Neue Anträge im Wirtschaftsleben, Preiskämpfe und Lohnbewegungen werden die unausbleibliche Folge sein. Besonders schlimm wird es wiederum den Sozialrentnern ergehen, die von ihren immer mehr entwerteten Renten und Pensionen nicht leben können.

Die Verantwortung für eine solche katastrophale Entwicklung tragen die, die die Gemeinbewirtschaftung des Brotgetreides jahrelang systematisch untergraben und schließlich zu Fall gebracht haben. Das jetzt geltende Kontingents- oder Umlagegesetz ist ein Erbstück von der deutschen Getreidebernte für die öffentliche Brotversorgung nur eine Gesamtmenge von 2,5 Millionen Tonnen und läßt den Landwirten den Mehrrtrag zu uneingeschränkter Verfügung. Sie können verkaufen an wen und wie hoch sie wollen. Der Weltmarktpreis bildet im allgemeinen die obere Grenze, aber auch diese ist bereits in Zeiten momentaner starker Nachfrage überschritten worden. Der Uebernahmepreis für das Umlagegetreide beträgt 2100 M. für Roggen und 2300 M. für Weizen pro Tonne. Der freie Inlandpreis betrug indes Mitte Januar schon 6000 M. für Roggen und 7600 M. für Weizen. Ein Mehrrlös von 3900 bzw. 4300 M. stieß in die Taschen der Landwirte, der keine Begründung in den Selbstkosten findet, sondern reinen Realisationsgewinn darstellt. Das ist der Erfolg des Abbaus der Getreidezwangswirtschaft und der Realisationsumwälzung!

Man sollte meinen, daß das Reichsernährungsministerium, ehe es die Mehrtkosten der Getreideversorgung auf die deutschen Verbraucher abwälzt, zu weniger katastrophalen Maßnahmen gegriffen hätte. Anstatt der Laune, daß die einheimische Brotgetreidebernte verfügbare Mehrtträge aufweist, hätte es bereits im Oktober 1921, am Beginn der drohenden Markverfallung, die Umlagemenge erhöhen oder wenigstens inländisches Getreide zur Erhöhung aufkaufen können. Es konnte ferner den Preis des abzulehrenden Getreides herabsetzen, da den Landwirten der Verkauf des freibleibenden Getreides unerwartet hohe Gewinne verhielt. Es hätte einen Teil der Realisationsgewinne für die Sicherstellung der Volksernährung erfassen können oder schließlich die öffentliche Brotversorgung auf die minderbemittelte Bevölkerung einschränken können, um für diese ertägliche Preise zu behalten. Von alledem ist nichts geschahen. Das Umlagegetreide ist auch noch keineswegs sichergestellt, da erst 1,9 Millionen Tonnen oder 72 Prozent des Umlagegetreides abgefordert sind. Man hat die Landwirte schätzbar verbieten lassen, und den vollen Schaden tragen das Reich und die Verbraucher. Auch jetzt sollen die einheimischen Erzeuger geschont werden. Keine Sonderleistung für die Brotversorgung, keine Erhöhung der heimischen Getreideerzeugung durch Pflanzbau ist in Aussicht genommen. Erhöhung des Brotpreises ist der einzige Ausweg, den der Reichsernährungsminister kennt.

Diese Ernährungspolitik des Reichsernährungsministers Hermes kettet sich innig seiner Steuerpolitik an, die der Heranziehung des Besitzes durch Erfassung der Sachwerte ängstlich ausweicht und die Steuerquellen der arbeitenden Bevölkerung um so ergiebiger stießen läßt. Wir bekämpfen dieses Epitome der Umwälzung der Lasten auf die Nichtbesitzenden und können auch in der Brotpreiserhöhung nichts anderes erblicken als eine Entlastung des Reichshaushaltes durch Mehrbelastung des Verbrauches, anstatt des Besitzes. Um so dringlicher müssen wir fordern, daß dieser ungerechten Politik ein Ende gemacht wird, da sie das Volk erbittert und uns wirtschaftlichen und innerpolitischen Katastrophen entgegenreißt, bei denen mehr als eine Realisierung auf dem Spiele steht!

Die Verschöpfung der Sozialpolitik.

Als um die Mitte des vorigen Jahrhunderts der Gedanke der Sozialpolitik in Deutschland auftauchte und immer mehr an Boden gewann, besand sich das deutsche Proletariat im Abstieg, es ging dem Untergange entgegen und schien rettungslos verloren zu sein. Der Kapitalismus hatte in rücksichtsloser Weise mit der Arbeitskraft und Lebenskraft, mit der Gesundheit und dem Glück der Unterschichten Schindluder getrieben. Die Massen waren wirtschaftlich ausgebeutet, körperlich und seelisch entartet, sie waren berelendet, entrecht und zur Unkultur verdammt. Es fehlte ihnen an der nötigen Einsicht in die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhänge, es fehlte ihnen auch an der Kraft und dem Willen, ihrem Elend ein Ziel zu setzen. Sie waren unaufgeklärt, unorganisiert und undiszipliniert, und darum waren sie der Raubgier des Kapitalismus widerstandslos ausgeliefert. Wir haben heute kaum mehr eine Vorstellung davon, in welcher unbeschreiblichen Elend das Proletariat damals lebte. In der sozialen Dichtung jener Tage spiegeln sich die grauenhaften Zustände und die in den Massen wohnende Empörung wieder und die damals aufkommende Verelendungstheorie bringt die damals herrschende Stimmung zum Ausdruck.

Ganz allmählich, zunächst nur dem scharferen Auge bemerkbar, setzte ein Umschwung ein. Einsichtige Männer sinnen an, sich mit dem Massenelend zu beschäftigen, und aus der Besürchtung heraus, daß unser Volk zugrunde gehen werde durch den kapitalistischen Raubbau, forderten sie das Eingreifen der Staatsgewalt in das Wirtschaftsleben und die Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen zum Schutze der arbeitenden Bevölkerung. Zugleich begann es sich auch in der Arbeiterarbeit selbst zu regen, das dumpe Massengefühl entwickelte sich langsam zu einem Massenbewußtsein und es bildeten sich bald hier, bald da politische und gewerkschaftliche Organisationen, die die Proletarier zum Kampfe um eine bessere Lebenshaltung aufriefen. Diese Organisationen trieben Gegenwartsarbeit im Hinblick auf die Zukunft, weil sie erkannt hatten, daß die Befreiung des Proletariats aus der kapitalistischen Knechtschaft nicht von berelendeten Massen vollzogen werden kann, sondern nur von einer körperlich und geistig gesunden, wirtschaftlich und politisch hochentwickelten Arbeiterarbeit. Die Verelendungstheorie verstand aus den Köpfen der denkenden Proletarier und die Verbesserungstheorie trat an deren Stelle. Es wurde der Kampf aufgenommen um Reformen im wirtschaftlichen Leben, ohne daß man dabei das Zukunftsziel aus dem Auge ließ, und Schritt für Schritt wurde geangestrebt, um eine Erneuerung und Gesundung des Proletariats. Die Organisationen führten unzählbare Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um Arbeiterschutz, um Verfürzung der Arbeitszeit, um eine Fürsorge für Kinder, Frauen und Jugendliche, für Kranke, Invalide und Alte, für Erwerbslose, kurz für alle Opfer der kapitalistischen Wirtschaft. Es gelang ihnen auch, den Staat von der Notwendigkeit einer sozialen Gesetzgebung zu überzeugen, und so kam die Sozialpolitik in Deutschland langsam und zögernd in Fluß.

Allerdings vollzog sich diese Entwicklung, deren segensreiche Folge heute kein vollziehbarer Mensch mehr bestritten kann, unter dem gähnen, hartnäckigen Widerstand der Kapitalisten. Diese erwerbsgierigen Leute, denen die Arbeiter nur als ein Mittel zur Profitmacherei erschienen, wochten auf die Freiheit des Wirtschaftslebens, die nur eine Raubtierfreiheit ist, und sträubten sich mit aller Macht dagegen, daß man ihnen die Raubtierfreiheit beschneiden wollte. Es sind erbitterte Kämpfe notwendig gewesen, um die schrankenlose Ausbeutungsfreiheit zu brechen, und den Gedanken zum Durchbruch zu bringen, daß eine Schonung der Arbeitskraft und der Gesundheit des Proletariats nicht nur eine Forderung sozialer Gerechtigkeit und Menschlichkeit ist, sondern daß auf ihrer Verwirklichung auch die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungen und die Hebung unserer Gesamtwirtschaft beruht. Schrittweise wich das deutsche Ausbeutertum vor der praktischen Sozialpolitik zurück und fügte sich käuflich und zähneknirschend der Notwendigkeit. Die Erfolge der sozialpolitischen Maßnahmen sind nicht ausgeblieben, die Arbeiterarbeit hat einen Gesundungsprozeß durchgemacht — Marx führt „die Wiedergeburt des Proletariats“ auf die Arbeiterschutzgesetzgebung zurück — und die deutsche Wirtschaft wurde konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. Das war das sichtbare Zeichen der Tragweite und der Heilkraft der deutschen Sozialpolitik vor dem Weltkriege.

Bei einer solchen Lage der Dinge müßte es eigentlich wunder nehmen, daß das deutsche Unternehmertum wieder die Zeit für gekommen hält, einen Abbau der Sozialpolitik zu fordern, der geradezu als eine Verschöpfung und Verschandelung der bestehenden Sozialpolitik bezeichnet werden muß, wenn man nicht wüßte, daß diese Leute zu den angenehmen Zeitgenossen gehören, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, die durch die Erwerbsgier billig verblendet worden sind. Auf der Tagung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die vor kurzem in Berlin stattgefunden, trat der Wille deutlich zutage, der Sozialpolitik das Genick zu brechen. Ein Syndikus Dr. Fänger wandte allerlei Gehirn schmalz auf, um den Nachweis zu erbringen, daß die gesamte staatliche Sozialpolitik verfehlt sei, weil sie zur Zwangswirtschaft in sozialen und wirtschaftlichen Dingen geführt habe und die Mittel des Staates ungebührlich in Anspruch nehme. Er erblickte das Heil in der Selbsthilfe der Arbeiter und in der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, er forderte auch auf sozialpolitischem Gebiete die freie Wirtschaft, damit beide Teile nicht immer auf gesetzliche Schranken stoßen, wenn sie ihre Flügel spannen wollten. Es verlohnt sich kaum, sich ernsthaft mit dergleichen vorurteilhaften Anschauungen und Forderungen zu beschäftigen, die sich jeder Kenner der Sozialpolitik längst an den Schulhöfen abgelaufen hat. Wenn irgendeine Tatsache unumwiderleglich feststeht, so ist es die, daß die freie kapitalistische Wirtschaft, weil sie eine Ausbeutungsfreiheit ist, die Verelendung der Unterschichten bedeutet. So lange eine wirtschaftlich starke Oberschicht infolge ihrer Uebermacht imstande ist, sich schrankenlos auszuleben und ihrer Ausbeutungsgier freien Lauf zu lassen, müssen die Arbeitermassen unter den Schritten geraten. Das hat die Erfahrung überall gelehrt, und deshalb hat der berühmte Rechtslehrer Rudolf von Hering schon vor Jahrzehnten das deutsche Volk vor den „kapitalistischen Raubtierfreuden“ gewarnt, indem er den Satz prägte: „Wenn die Löwen, die Tiger, die Wölfe und die Füchse nach dieser Freiheit schreien, so ist das erklärlich, weil diese Tiere dabei ihren Vorteil finden, wenn aber auch die Schafe nach dieser Freiheit schreien, so ist das ein Beweis, daß sie Schafe sind.“ Wie weit und die vielgerühmte Wirtschaftsfreiheit in der Nachkriegszeit auf dem Warenmarkte gebracht hat, schreit zum Himmel, und wie weit uns die freie Vereinbarung zwischen Kapital und Arbeit unter

Ausgestaltung der Gewerkschaften und des Staates auf dem Weltmarkte bringen würde, braucht kaum gesagt zu werden. Es wäre der verhängnisvollste Fehler, wenn wir die Sozialpolitik abzubauen und dadurch dem Ausbeutungs- und Verelendungswillen des Kapitals Tür und Tor öffnen wollten.

Entschieden modernere Anschauungen vertrat ein anderer Redner auf der erwähnten Tagung, der Generaldirektor Dr. Müller, der aus seinen praktischen Erfahrungen heraus die Forderung erhob, daß das Unternehmertum nicht rein mit dem Rechenstifte arbeiten dürfe, wo es sich um lebendige Menschen handle. Man müsse um die Seele des Arbeiters ringen und ein Vertrauensverhältnis herzustellen suchen. Allerdings warnte auch er vor allzuviel Geseßsmacherei, weil dadurch der Schematismus und die Mechanisierung grobgezogen werde und forderte, daß man die sozialpolitischen Fragen unter dem Gesichtspunkte ihrer Rückwirkung auf die Volkswirtschaft betrachten und behandeln müsse, immerhin aber sei es nötig, sich nach neuen Richtungen einzustellen. Auch die Arbeitergesellschaft müsse zu ihrem Rechte kommen, wenn sie arbeitsfreudig und leistungsfähig werden sollte, und in dieser Beziehung vermöchten die Betriebsräte segensreich zu wirken, wenn sie zu einem Organ praktischer Mitarbeit würden. Hier beobachteten wir ein allmähliches Aufdämmern der richtigen Beobachtung, daß der arbeitende Mensch, als der Träger des Wirtschaftslebens, in den Mittelpunkt des Interesses zu stellen ist, weil von ihm das Wohl und das Gedeihen der Wirtschaft abhängig ist. Allerdings scheint dieser Redner mit seinen Ausführungen nicht allzuviel Anklang gefunden zu haben, weil seine Zuhörer in der überwiegenden Mehrheit nun einmal unheilbar durch den Kapitalismus verfault sind.

Es besteht wenig Hoffnung, daß in den Kreisen der Kapitalisten eine vernünftige Auffassung über den Wert, die Bedeutung und die Notwendigkeit der Sozialpolitik Platz greifen wird. Das landläufige Unternehmertum erblickt in den Ausgaben für sozialpolitische Zwecke eine unnütze Geldverschwendung, während sie doch in Wirklichkeit ein Betriebskapital darstellen, das später reiche Zinsen trägt. Diese Kurzsichtigkeit ist die eigentliche Ursache der Abneigung gegen eine wirkliche, durchgreifende Sozialpolitik und da es wohl niemals gelingen wird, das Kapital weitsichtig und heilsichtig zu machen, so bleibt dem Proletariat nichts anderes übrig, als aus eigener Kraft die bisherigen sozialpolitischen Erfolge zu verteidigen und um eine Weiterführung der Sozialreform zu kämpfen. Die nächste Zeit wird uns erbitterte Kämpfe bringen; sollen sie siegreich verlaufen, so muß das deutsche Proletariat eine geschlossene Einheitsfront bilden, jede Zersplitterung der Kräfte erleichtert dem Unternehmertum die Verschönerung und Verschönerung der Sozialpolitik.

Die Schriftführertätigkeit.

Die Redaktionsmappe mit der Aufschrift: „Zahlstellenbericht“ schwillt im Januar jeden Jahres zu einer unheimlichen „Dickschichtigkeit“ an und es dauert gewöhnlich bis Ende März, ehe diese Sammelmappe ihre normale Fassung wieder erlangt hat. Dieser Vorgang ist leicht erklärlich, denn im Januar und Anfang Februar lagen in den Zahlstellen die Generalversammlungen, wo die örtlichen Vorstandsmitglieder neu bestätigt oder durch andere abge- löst werden; die Rassenführung wird dort dargelegt und auch sonst allenthalben besprochen und beschlossen, worüber in der Hauptsache nur das Protokollbuch der betreffenden Zahlstelle Auskunft geben soll, weniger der „Steinarbeiter“. Mit Fleiß und Mühe wird sehr oft das Protokoll vom Schriftführer geführt und nach der Versammlung wird dann mit ebenso großem Fleiß der ganze Versammlungsvorgang von Anfang bis Ende — manchmal auch etwas mehr — fädelnd aneinander gereiht und dann an die Schrift- leitung expediert. Nicht selten sogar im Eifer die richtige Fran- tierung übersehen, zumal wenn der Bericht recht lang wurde. Der Briefträger hält dann mit einer Art Schadenfreude dem Schrift- leiter das Strapporto unter die Nase; mit einem Blick auf die an- geschwollene Zahlstellenberichtsmappe und in der stillen Hoffnung, daß dieser Brief vielleicht recht wichtige Mitteilungen enthält, die unaussprechbar sind und dadurch das Strapporto sich lohnt, wird betappt! Würde man vorher in diese mit Strapporto belasteten

Briefe Einsicht nehmen können, gingen sicherlich die meisten dieser Briefe mit dem Vermerk: „Annahme verweigert!“ zurück.

Nach Eingang werden alle Berichte sofort durchgelesen, ob nicht ganz besonderes der vorzugsweise Veröffentlichung nötig macht (Streik, Sperre usw.), oder ob sonst Mitteilungen angefügt sind, die schnelle Beachtung verdienen (Adressenänderungen, Stein- arbeiterverband, Materialbestellung usw.), erst dann wird der Bericht in der Sammelmappe den bereits lagernden zu unterzu- gestellt, damit die eventuelle Drudlegung nach der Reihe des Ein- gangs erfolgt. Für die einzelne Nummer des Steinarbeiters können nur höchstens 10 Berichte aus den Zahlstellen Aufnahme finden, mehr ist unzulässig, wenn die Schriftleitung nicht will, daß der „Steinarbeiter“ sich zu einem Zahlstellenprotokoll ausweicht. Bei der Durchsicht der Berichte wird dann allerdings noch mancher auf die Seite gelegt, weil er zu inhaltslos ist und für die Gesamt- heit der Mitglieder durchaus nichts Wissenswertes enthält. Diese „Verfertigung“ von Berichten ist im Hinblick auf die darin verkörperte Arbeitszeit aus den Freistunden des Schriftführers, für den Schrift- leiter immer schmerzhaft, weil er aus Erfahrung weiß, welche Mühe und Arbeit sich mancher Verfasser gemacht hat, um die nötige Sach- konstruktion aufzubauen. Nicht selten ist ein solcher Bericht unter Mäjonieren der besseren Gehälte zustande gekommen, die viel- leicht streng darauf achtet, daß die Beleuchtung am Abend nicht allzulange ausgeleuchtet wird, mitunter kommt bei solcher Gelegen- heit der längst aufgespeicherte Unmut der Frau gegen die Ver- bandstätigkeit des Mannes überhaupt zum Ausdruck, denn sie kann sehr oft nicht recht begreifen, daß gerade ihr Mann und nicht ein anderer solche Tätigkeit ausübt. Gar mancher unierer Funktionäre kennt dieses Lied und wir wollen deshalb auch darüber den Vor- hang fallen lassen. Dieses wissen, die verlorene Zeit dazu, und die unnützen Papier- und Postkosten, machen den Schmerz des Schriftleiters beim Verlesen inhaltsloser Berichte verträglich. Maß- gebend für diese Handlungsweise ist aber immer nur der Platz- mangel in der Zeitung und die Berichte selber, durchaus keine Sympathie oder Antipathie für oder gegen einen Schriftführer, noch dessen Zahlstelle, noch dessen Berufsgruppe! Dieser Hinweis möchte schon beachtet werden, wenn jemand unwillig wird und sich nun den Schriftleiter des „Steinarbeiter“ vorzunäpfen versucht, weil der Zahlstellenbericht nicht erschien.

Hier entsteht nun allerdings die Frage, was ist denn ein in- haltsloser Bericht, auf den der Papierkorb so scharf ist? Kurz ge- sagt: alle Berichte, die in der Hauptfache selbstverständlich es enthalten; zum Beispiel: Daß die Versammlung eröffnet, vom Vorsitzenden geleitet, daß ein angenommenen Antrag von irgend jemand vorher gestellt wurde; daß die Revisoren die Kasse vor- her geprüft haben, ehe der Kassierer seinen Bericht gibt; daß mit der Anerkennung des Berichts die Entlastung erfolgt; daß dem und dem Redner das Wort erteilt wurde, (denn in einer gut ge- leiteten Versammlung kann nur jemand sprechen, der sich vorher meldete). Daß die Versammlung geschlossen wurde usw. Dies alles ist selbstverständlich, ist Voraussetzung und Begleiterscheinung jeder Versammlung, braucht deshalb in keinem Bericht lang und breit angegeben werden und wird deshalb vom Schriftleiter immer — gestrichen!

Auch Neben sächlich es muß aus den Versammlungsberich- ten hervorgehen, zum Beispiel: Wer die Versammlung und wann sie eröffnet und zu welcher Zeit sie beendet wurde. Die Namen des Vorsitzenden und Kassierers kommen in die Adressentafel, sind im Bericht nebensächlich. Ein abgelehnter Antrag ist meistens (nicht immer), nebensächlich für die Allgemeinheit; persönliche Händeleien am Ort ebenso. Die Tagesordnung in ihrer ganzen Reihenfolge im Bericht aufzuführen, ist nebensächlich, weil sie im weiteren Bericht meistens noch einmal wiederkehrt. Alle diese Neben sächlichkeiten werden im Zahlstellenbericht — gestrichen!

Mancher Schriftführer wird nun merken, daß von seinem Be- richt wenig zum Abdruck übrig bleibt und die nun auftauchende Frage: „Ja, was soll ich nun künftig berichten?“ ist jetzt nicht schwer zu beantworten:

In erster Linie ist es durchaus nicht nötig, von jeder örtlichen Versammlung einen Bericht zu geben, deren Verlauf und Beschlüsse kommen jedoch immer in das Zahlstellenprotokollbuch, in

die Zeitung erst dann, wenn das Versammlungsergebnis für die Gesamtheit der Kollegen Wissenswertes und Informierendes bringt. Das ist unter anderem: Die örtliche oder bezirkliche Entlohnung, ihre Art, Höhe, Branche, Verhandlungen mit den Arbeitern, mit Behörden, deren Verhalten und Anschauungen, die Arbeitslegen- heit; Auseinandersetzungen mit andern Gewerkschaften, Christliche, Kirch- u. Dundersche, Grenzstreitigkeiten, Gesundheitszustand und -schutz, Unfälle und deren Ursachen, Agitationserfolge, besondere geologische Vorkommen im Bruch, Scherlingswesen, Arbeit der Frauen und der Jugendlichen; Betriebsratsangelegenheiten usw.

Solche Notizen brauchen nun durchaus nicht im Rahmen eines Versammlungsberichts zu kommen; der Schriftführer kann, wenn die Notwendigkeit vorliegt, von Zeit zu Zeit ein Stimmungsbild aus seinem Zahlstellenbereich senden, das ist für die größe- ren Steinbruchsbezirke sogar hin und wieder wünschenswert und so etwas ist lesenswerter, informieren- der, wie ein Versammlungsbericht nach Schema F.

Alle für den Druck bestimmte Schriftstücke sollen nur auf einer Seite beschrieben werden. Personen- und Ortsnamen immer recht deutlich; niemals bei einem Vorkommnis schreiben: Heute, gestern oder vorgestern, sondern stets Datum angeben. Schön- schreiben ist unwichtig, nur deutlich für andere. Immer streng sachlich, wahrheitsgemäß und möglichst mit Tinte schreiben. Niemals wichtige Mitteilungen auf den nächsten Tag verschieben, möglichst sofort handeln. Berichte als Augenzeuge sind immer wertvoller als Mitteilungen aus dritter und vierter Hand. Größere Mitteilungen, die für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen mindestens am Sonnabend in Händen der Schrift- leitung sein. Nur ganz ausnahmsweise können noch Montags früh eingehende größere aber bringende Notizen Verwendung finden.

Rechtliches ist schon wiederholt bekannt gegeben worden. Soffent- lich wird es von allen, die aus dem Mitgliederkreise mit der Schriftleitung zusammen arbeiten wollen, beachtet. Beide Teile werden davon profitieren zum Nutzen der Gesamtmitgliedschaft und wenn nun ein Bericht nicht sofort oder überhaupt nicht erscheint, dann weiß der betreffende Schriftführer, woran es liegt; aber des- halb dem Schriftleiter die Freundschaft kündigen ist nicht richtig.

Eine Entgegnung.

Im Steinbildhauer Nr. 2 kritisiert Herr Destring (Blau- berg) meine beiden Artikel in Nr. 46 und Nr. 50 des Stei- narbeiter: Wissenschaftliche Betriebsführung. Enttäuscht fühlt sich Herr Destring besonders dadurch, daß nicht klar geschrieben sein soll, ob die Möglichkeit der Übertragung dieses Systems auf die Steinindustrie gegeben ist. Entweder hat er meinen zweiten Artikel nicht genau gelesen, oder es ist ihm die darin enthaltene Kritik der bestehenden Mängel in unserer Industrie auf die Herzen gefallen; denn dort ist doch klar zum Ausdruck gebracht, daß unter den zur Zeit bestehenden Verhältnissen die Übertragung dieses Systems nur ganz ausnahmsweise möglich ist.

Wichtiggestellt sind die geänderten Verhältnisse von Herrn Destring keinesfalls. Er glaubt vielmehr mit einer kleinen wissen- schaftlichen Abhandlung das Geschilderte zu entkräften. Außerdem glaubt er gleich eingangs seiner Betrachtung gute Lehren und Mahnungen erteilen zu müssen, die einem Fachmann, der nicht mindestens in sämtlichen beruflichen sowie technischen und kauf- männischen Funktionen erfahren ist, einfach das Verständnis ab- spricht, sich über die Betriebsverhältnisse ein Urteil zu bilden. Zu- stimmen kann ich ihm durchaus, daß ein auch noch so tüchtiger Kollege bei lebernalme betriebstechnischer oder betriebsfachlicher Funktionen neue Lehrgänge beginnt. Man soll aber die Arbeiter nicht gleich für so einfältig halten, daß nicht ein einigermaßen mit seinem Handwerk vertrauter und auch sonst nicht auf den Kopf gefallener Kollege sich ein Urteil zu bilden vermag, in welcher Weise der Betrieb oder die einzelne Abteilung wirtschaftet. Gerade hierin liegt bei größeren Betrieben oft die ganze Stärke und Schwäche der Leitung. Eine geschickte Leitung wird daher auf Grund des § 66 des B.G. stets bemüht sein, ihre Betriebsräte zur inten- siven Mitarbeit heranzuziehen.

Vom Tempo des Welthandels.

Soweit sich der internationale Warenverkehr im Jahre 1921 an der Hand der Statistik bereits verfolgen läßt, ergibt sich für die meisten europäischen Länder ein recht ungünstiges Bild. Der Einfuhrüberschuß zeigt fast durchweg eine kräftige Zu- nahme. Wenn auch die Zahlungsbilanz eines modernen Staates nicht ohne weiteres identisch ist mit der Handels- bilanz, so bildet die letztere doch einen so wesentlichen Bestand- teil der ersteren, daß ein allzu starkes Ueberwiegen der Einfuhr mangels ausreichender sonstiger Aktivposten doch schließlich eine Verarmung des betreffenden Landes herbeiführen muß. In der Vorkriegszeit waren für Deutschland solche Aktivposten die Ein- nahmen aus der Beteiligung seiner Handelsflotte am Weltverkehr und die Erträge der im Auslande angelegten deutschen Kapita- len. Durch den Krieg haben wir diese Einnahmequellen größtenteils verloren, so daß für uns die Handelsbilanz nahezu gleich- bedeutend ist mit der Zahlungsbilanz, wenn man zunächst von den Reparationszahlungen absteht. Bietet man jedoch diese noch in Er- wägung, so kommt man zu dem Ergebnis, daß Deutschland einen ganz gewaltigen Ausfuhrüberschuß haben müßte, wenn die Ver- armung keine weiteren Fortschritte machen soll. Leider liegen die Dinge in dieser Beziehung sehr ungünstig, und selbst bei großer Steigerung der Ausfuhr und gleichzeitiger weitgehender Beschrän- kung des Konsums ausländischer Waren dürfte wohl nie derjenige Ausfuhrüberschuß zu erzielen sein, der den von uns geforderten Reparationszahlungen und Leistungen gleichkommt. Die Ent- wicklung des deutschen Außenhandels in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 veranschaulicht die nachstehende Tabelle:

1921	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr-Überschuß (Milliarden Mark)
Juli	7,575	6,175	1,403
August	9,787	6,670	2,717
September	10,642	7,493	3,149
Oktober	13,814	9,682	4,133
November	12,273	11,870	0,403

Es ist bemerkenswert, daß selbst der Monat November, der doch im Zeichen des stärksten Ausverkaufs Deutschlands stand, noch eine Unterbilanz aufweist. Dies ist um so auffällender, als in- folge der starken Steigerung der Devisen die Einfuhr von Roh- stoffen und Lebensmitteln gerade im November der Menge nach etwas nachließ. Die Wertziffern zeigen naturgemäß im Vergleich zu den vorangegangenen Monaten Steigerungen, die jedoch fast ausschließlich auf den ungünstigen Markkurs zurückzuführen sind.

Auch Großbritannien leidet schwer unter der Weltwirts- schaftskrise. In sich war die Handelsbilanz des Inselreichs auch schon in der Vorkriegszeit häufig passiv. Gegenwärtig hat jedoch der Einfuhrüberschuß einen früher nie gekannten Umfang erreicht, was um so mehr ins Gewicht fällt, als auch hier zur Zeit die Ein- nahmen aus den Seetrachtgeschäften nur noch minimal sind. Der britische Außenhandel entwickelte sich folgendermaßen:

1921	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr-Überschuß (Millionen Pfund)
Juli	80,757	62,534	22,223
August	88,581	61,344	27,237
September	87,119	63,542	23,577
Oktober	84,742	72,651	12,091
November	89,259	72,718	16,541

Ein schwacher Trost ist es, daß nunmehr auch Frankreich, das im ersten Halbjahr 1921 sich noch einer sehr günstigen Handels- bilanz erfreute, die Störung des internationalen Warenaustauschs zu fühlen bekommt. Seit Juli 1921 macht sich hier eine fortschrei- tende Verschlechterung geltend. Vorläufig wird die Zahlungsbilanz der französischen Republik durch den wachsenden Einfuhrüberschuß noch nicht allzusehr berührt, da die deutschen Zahlungen und Sach- leistungen einen gewissen Ausgleich schaffen. In dem Maße, wie sich die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands immer schärfer heraus- stellt, muß natürlich auch die ungünstige Entwicklung des Außen-

handels für Frankreich von größerer Bedeutung werden. Für die Monate Juli bis November 1921 zeigt die französische Ein- und Ausfuhr folgendes Bild:

1921	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr-(-) oder Ausfuhr(+)-Überschuß (Millionen Frs.)
Juli	1469,1	1563,0	- 93,9
August	1731,3	1725,1	- 6,2
September	2225,7	1774,7	- 451,0
Oktober	2227,0	1739,5	- 487,5
November	2333,7	1748,6	- 585,1

Der Außenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika zeigt während des ganzen Jahres 1921 wie auch im Vorjahre ein beträchtliches Ueberwiegen der Ausfuhrziffern. Man darf sich jedoch durch diese Aktivität der amerikanischen Handels- bilanz nicht täuschen lassen, denn das rapide Anwachsen der Arbeits- losigkeit in der Union zeigt, daß auch hier die Krise schon seit längerer Zeit stark eingegriffen hat. Die Vereinigten Staaten gleichen einem Dickwanst, der in seinem Fette erstickt. Ihnen ist aus allen Ländern der Welt Monat für Monat unendlich viel Gold ausgeflossen, sie sind heute der stärkste Gläubigerstaat der Welt, aber ihre Kupferminen liegen still, Getreide und Baumwolle verkaufen auf den Speichern und die Farmer wissen nicht, woher sie das Geld nehmen sollen, um ihren Arbeitern die Löhne zu zahlen. Die Gesamtschulden der Welt an Amerika werden etwa auf 18 Mil- liarden Dollar geschätzt, hiervon entfallen rund 10 Milliarden Dollar auf Kriegsanleihen, für die allerdings größtenteils gegen- wärtig keine Zinsen gezahlt werden. Der Außenhandel der Ver- einigten Staaten gestaltete sich in der zweiten Jahreshälfte folgen- dermaßen:

1921	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr-Überschuß (Millionen Dollar)
Juli	178,6	320,7	142,1
August	194,0	375,0	181,0
September	105,9	377,7	291,8
Oktober	183,0	263,0	80,0
November	153,5	290,1	136,6

Im Rechnungsjahr 1920/21 betrug der Ausfuhrüberschuß der Vereinigten Staaten 2861,9 Millionen Dollar gegen 2871,6 Mil- lionen im Vorjahre. Die Goldzufuhr bezifferte sich in den ersten 10 Monaten des abgelaufenen Jahres allein auf 671,8 Millionen Dollar, hiervon kamen aus Großbritannien und Frankreich je 160 Millionen, aus Schweden 59 und aus Deutschland 16,4 Mil- lionen Dollar.

Arbeiterakademie und Gewerkschaftskurse.

Der frühere preussische Kultusminister Konrad Haensch sucht in seinem großartigen Buch „Neue Bahnen der Kulturpolitik“ die Aus- und Neugestaltung der Arbeiterbildung in den Dienst der Befreiung der arbeitenden Klasse zu stellen. Seine auf dieses hohe Ziel gerichteten Gedanken legt er so dar:

Es handelt sich für die werdende neue Gesellschaft darum, den Arbeiter aus einem bloßen Objekt der Wirtschaft mit vollem Bewußtsein zu ihrem mitverantwortlichen Träger zu machen. Nur so ist Gemeinwirtschaft denkbar. Das aber ist eine Erziehungsfrage. Und diese Erziehungsfrage können nicht die Organisationen der Arbeiter allein lösen — der Staat selbst hat an diese gewaltige, letzten Endes unser ganzes nationales Leben umspannende Auf- gabe im engsten Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften und mit den Verbänden der Angestellten seine volle Kraft zu legen.

Drei Dinge kommen in Frage: die volkswirtschaftliche Er- ziehung der Massen selbst, die Erziehung des aus ihren Reihen sich ständig erneuernden Korps der gewerkschaftlichen Unterführer und endlich die umfassende Schulung und Erziehung der auf den ersten Posten des Wirtschaftskampfes und der Wirtschaftsorganisation stehenden Arbeiterführer.

Die erste Aufgabe muß ganz von unten her angepaßt werden, ihre Lösung muß beginnen schon bei der inneren Umstellung der Schule und bei der Pflege des volkswirtschaftlichen Denkens wie der staatsbürgerlichen Gesinnung in allen Schularien, auch bei den energischer Förderung wertvoller Fachschulen. Bei der zweiten Auf- gabe, der Schulung der Unterführer, kommt in erster Linie eine zweckdienliche Ausbildung von gewerkschaftlichen Funktionären, Betriebsratsmitgliedern usw. in Frage. Ihr dienen die an einzelnen Universitäten schon eingerichteten an deren, und auch an einigen technischen Hochschulen vorbereiteten Gewerkschaftskurse, wie sie musterhaft besonders unter Blenges Führung und unter hervor- ragender Mitwirkung des von mir eigens zur Förderung dieser Aufgaben ins Unterrichtsministerium berufenen Genossen Woldt in Münster eingerichtet worden sind. Was dort unter besonderer Berücksichtigung der im rheinisch-westfälischen Industriebezirk von der Arbeiterkraft in Angst zu nehmenden volkswirtschaftlichen Auf- gaben angestrebt wird, das versuchen für den gleichfalls immer wich- tiger werdenden mitteldeutschen Industriebezirk ähnliche, unter Wertig's Leitung in Halle ins Leben gerufene Gewerkschaftskurse zu erreichen. In allen diesen Kursen arbeiten die Gewerkschaften mit den in Frage kommenden Hochschullehrern in der besten Weise zusammen.

Was endlich die Ausbildung der Arbeiterführer selbst betrifft, so sagt über ihre Bedeutung Richard Woldt in seiner ausgezeichneten Schrift: „Wirtschaftliche Schulungsarbeit und gewerkschaftliches Führertum“, eine Schrift, deren aufmerksame Lectüre ich meinen Lesern nicht warm genug empfehlen kann (sie ist im Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig erschienen), das folgende: „Wir geben einer Periode entgegen, in der die Leiter von großen Gewerkschaften ebenso einflussreiche Wirtschaftsführer werden müssen, wie es die Industriekapitale großer Unternehmungen geworden sind... Macht wird aber auch hier mit Verantwortlichkeit verbunden sein. Man kann zur Macht kommen, ohne Verantwortlichkeitsgefühl zu besitzen. Aber man kann sich in der Macht nur dauernd behaupten, wenn man sie in ihren Grenzen und Wirkungen der Allgemeinheit gegenüber zu gebrauchen versteht... So sind die Gewerkschaftsführer über den Rahmen ihrer direkten Organisationsver- tretung nicht nur zu Macht und Einfluß gekommen, sondern zugleich ist damit die Verantwortung verbunden, über die Sphäre ihrer Mitgliedschaften im Interesse der Gesamtheit des Volkes in die Entwidlung der Wirtschaft gestaltend eingzugreifen.“

Der allgemeinen und der besonderen volkswirtschaftlichen Aus- bildung der im Wirtschaftsleben führenden Arbeiterpersönlichkeiten soll in erster Linie die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. dienen, ein Werk, auf das der junge Volkstaat mit freudigem Stolz blicken darf. Ich kann das um so unbedingter ausprechen, als das wesentliche Verdienst an dieser Gründung keineswegs mir, sondern dem Genossen Hermann Lüdemann zuzuschreiben ist, der mit klarem Blick die vorliegenden Notwendigkeiten erkannt und als preußischer Finanzminister in richtigem Zusammenarbeiten mit der Unterrichtsverwaltung, das zu ihrer Verwirklichung Erforder- liche getan hat. Auch für Berlin und Düsseldorf wird auf An- regung des Genossen Lüdemann zur Pflege der ganz neuen Auf- gabe der systematischen Erwachsenenbildung die Gründung von Wirtschaftsschulen ungefähr nach dem Muster und mit den Zielen der Frankfurter Akademie geplant. Einen ganz wesentlichen Vor- zug, der diese Schulen für Auserlesene unter den Arbeitern vor den Universtitäten auszeichnet, sehe ich darin, daß hier nicht mehr oder weniger unreife junge Leute anhängig lauschend zu Füßen eines ihnen in jeder Hinsicht überlegenen Lehrers sitzen, sondern daß in ihnen reife und im Lebenskampfe schon bewährte Männer ihre praktischen Erfahrungen austauschen können mit der ihnen vorgetragenen Lehre. Von diesem Austausch werden beide Teile reich befruchtet werden.

* Konrad Haensch: „Neue Bahnen der Kulturpolitik“ (Verlag J. G. W. Dietz Nachf., Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68). Preis 18 Mark.

Better hat Herr Ostfing mit den guten Rat gegeben, die brauchbaren Vorschläge für Maschinenverbesserungen hervorzutreten. Das bedarf es meines Wissens durchaus nicht. Die Technik ist in den Maschinenkonstruktion auch für unsere Industrie so weit vorgeschritten, daß es nur an dem einzelnen Unternehmern liegen kann, die für seinen Betrieb sich eignenden Maschinen einzuführen; soweit es natürlich Art und Verhältnisse gestatten.

Noch weit wichtiger ist aber — und hier kann Herr Ostfing in seinen Kreisen dafür eintreten —, daß vor allem die Steinindustrie bestrebt sein muß, die jetzt in geradezu unverantwortlicher Weise getriebene Arbeitskraft- und Energieverschwendung abzubauen. Werden diese beiden Abwendungen erfüllt, dann kann auch sicher gesagt werden, daß sich eine zeitparende Methode vor sich selbst einführen wird, und Herr Ostfing kann für sich in Anspruch nehmen, etwas zur Einführung dieses Systems, das stets die neuesten Maschinen sowie die größte Zeitersparnis erfordert, beigetragen zu haben.

Aus den Zahlstellen.

Meißen I. Am 7. Januar hielt die Zahlstelle ihre Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom letzten Quartal und gab Bericht vom verfloßenen Jahre. Bücher und Kasse wurden in bester Ordnung befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Kartelldelegierte berichtete von den Kartellfeststellungen. Dann gab der Vorsitzende über seine Tätigkeit im Jahr 1921 Bericht. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß auch 1921 voll Arbeit und Kampf war. Von der Versammlung wurde ihm Dank ausgesprochen. Unsere „Schmerzenden“ waren hauptsächlich Brecher, Boffierer und Hilfsarbeiter. Die Tarifkommissionen berichteten über ihre Tätigkeit. Zwei Streitigkeiten mußte das Kartellamt entscheiden. Dreimal mußte der Schlichtungsausschuß in Anspruch genommen werden, wegen Brecher, Hilfsarbeiter und Boffierer. Mehrere Differenzen wurden am Orte geregelt. Alle Anregungen sind zu unseren Gunsten erledigt. Obwohl Kollege Kretschmar wünschte, daß an seine Stelle ein anderer gewählt werde, wurde er einstimmig wieder zum ersten Vorsitzenden gewählt, ebenso Kassierer und Schriftführer. Lebhaft debattiert wurde über die Beitragsfrage. Alle Redner verurteilten den Beschlüssen klar zu machen, wie nötig es ist, daß wir unsere Finanzen stärken und unsere Unterführungen der jetzigen Geldentwertung anpassen müssen. Im allgemeinen wurde der Beschluß der Verbandsleitung gebilligt. Beschlossen wurde, in unserer Zahlstelle die ersten sechs Beitragsklassen einzuführen. Der Vorsitzende konnte den Brucharbeitern die angenehme Mitteilung machen, daß es ihm mit der Kommission gelungen sei, den Stundenlohn der Hilfsarbeiter um 2,65 M., den der Brecher, Boffierer und Spalter um 2,85 M. pro Stunde zu erhöhen. Der Akkordtarif für Boffierer wurde um 230 Prozent für Brecher um 150 Prozent erhöht. Alles ab 2. Januar. Zum Schluß wurden noch einige örtliche Sachen besprochen.

Chemnitz. Der Vorsitzende erstattet einen Rückblick vom verfloßenen Jahre. Teuerung und Lohnbewegungen, anerkannt die Tätigkeit der Gauleitung. In unseren Betreibungen, dem Naturschein in der Denkmalarbeitung mehr Geltung zu verschaffen, war ein Erfolg zu buchen. Etwas überströmte kam wohl manchem Kollegen die von der Verbandsleitung im Dezember angeordneten höheren drei Beitragsklassen. Doch dieser Schritt war notwendig und wäre er nicht schon getan, er müßte vollzogen werden. Die Klassen 6, 5, 9 kommen für Chemnitz in Frage. Zu den Beiträgen von 7, 11 und 13 M. wurde vorläufig 1 M. Vorkaufschlag beschlossen. Ob damit aber die örtlichen Ausgaben bestritten werden können, steht noch aus. — Ein Teil säumiger Kollegen mußte allerdings schon für die noch restlichen Wochen im alten Jahre höhere Aufwendungen machen. Ein Kollege, der von der Bauarbeiter-Sonderorganisation (Chemnitz) wieder in unseren Verband zurückkehren will, hat nach Auffassung des Zentralvorstandes neu einzutreten. Seine früheren Rechte sind verlustig. Die Versammlung beauftragte den Vorsitzenden, dagegen Protest einzulegen. Anschließend an den Jahresbericht gab der Kassierer B. Künzel die Vierteljahrsabrechnung, wofür ihm Dank und Entlastung zuteil wurde. Um etwas über 20 Prozent hat sich der Kassenbestand gegen das Vorjahr gehoben. Die Neuwahlen ergaben die bisherige Besetzung des Vorstandes. Kollege W. Künzel wurde als 2. Schriftführer neu hinzugewählt. Mit dem Wunsch, auch im neuen Jahre wieder neben intensiver Arbeit ein paar Stunden gelegentlichen Beisammensitzen zu pflegen, schieden die Kollegen aus der gutbesuchten Versammlung.

Schlef. Am 9. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Fischer gab folgende Tagesordnung bekannt: Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresbericht, Neuwahl und Verschiedenes. Nachdem die Quartals- und die Jahresabrechnung gegeben und der Kassierer auf Antrag der Revisoren entlastet wurde, folgte die Wahl des Gesamtvorstandes. Unter Verschiedenem wurden einem Kollegen als Arbeitslosenunterstützung 30 Mark aus der Kasse bewilligt. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß unser Tarif am 24. Dezember 1921 durch den Gauleiter gekündigt wurde, weil unser Lohn von 8,25 M. nicht mehr zeitgemäß ist. Befordert wurden 11,50 M. pro Stunde und vom 1. Januar 1922 an eine Wirtschaftsbeihilfe von 300 M. Da nun der Schiedspruch der Maurer vom 8. Januar 1922 9,75 M. lautete, so bot uns die Firma Uebels Nachf. ab 8. Januar 1922 10,50 M. pro Stunde mit dem Bemerkten, keine Wirtschaftsbeihilfe geben zu wollen. Da die Löhne doch nicht so blieben, würde sich das Weitere finden. Dieses Angebot wurde angenommen.

Hauzenberg. Am 8. Januar fand im „Bayerwald“ unsere Generalversammlung statt, die minimal besucht war. Der Kassierer Kollege Zillner gab den Kassierbericht, der von den Revisoren als richtig befunden wurde, dem Kassierer wurt. Entlastung erteilt. Bei den Neuwahlen der Verwaltungsmittglieder wurden die bisherigen wieder gewählt. Unter Punkt Beitragshöhung wurde die Einführung der Klassen 5, 6, 7 und 8 bestimmt. Kollege Neudorfer gab bekannt, daß ab 1. Januar eine Teuerungszulage von 200 Prozent eingerechnet sei, was von den Kollegen bei der heutigen enormen Teuerung aller Lebens- und Gebrauchsartikel als zu niedrig bezeichnet wurde. Zum Schluß nahm Kartell-Vorsitzender Breiß (Passau) das Wort und führte den Kollegen klar vor Augen, daß nur eine geschlossener Organisation unter Beachtung der Zeit entsprechenden Beitragserhöhungen zum Erfolg verhelfen könne. Die Faust in der Tasche machen und Nörgeleien einzelner außerhalb den Versammlungen trägt gewiß nicht dazu bei, die Kampftruppe zu stärken, auch wurde erwähnt, daß in letzter Zeit die Unternehmern alle Kleinforderungen hervorkehren, so sinnentfremdende Auslegungen der am 1. Dezember 1921 abgeschlossenen Lohnsätze, die dadurch noch begünstigt wird, daß Kollegen nicht den Mut besitzen, ihnen zuletzende Rechte und Löhne, die unter den schwierigsten Verhandlungen erreicht wurden, zu fordern. Hinter dem Bierlich wird dann die Schuld den Funktionären und dem Verband in die Schuhe geschoben. Darum Kollegen, geht in die Versammlungen, legt eure Verbandspresse, werdet willensstarke Männer!

Blühshelm (Röhön). Am Sonntag, dem 8. Januar, fand im Gasthaus „Zum Stern“ unsere Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende Hergentöcher streifte in kurzen Worten die Vorgänge in der Zahlstelle des Jahres 1921. Die Wahl ergab Wiederbestätigung der bisherigen Vorstandsmittglieder. Zu Revisoren: F. Leiber und Fr. Hofbauer. Hieraus ernannte der Vorsitzende die Kollegen, ihre Beiträge pünktlich zu entrichten, denn nur durch Hilfe aller Kollegen ist es möglich, die Stärkung der Organisation zu fördern, auch unsere Kasse zu stärken. Deshalb ist es notwendig, daß ein jeder Kollege die Versammlungen in diesem Jahre besser besucht als im Jahre 1921 und im übrigen die Vorstandsführung tatkräftig unterstützt.

Gelnau. Generalversammlung im Lokale Heim. Gelnau am 8. Januar. Der Vorsitzende begrüßte die zahlreich erschienenen Mittglieder. Darauf gab der Kassierer die Uebersicht von Einnahmen und Ausgaben. Der Bericht wurde anerkannt. Dann erfolgte die Beitragsregulierung nach dem Verdienst: 7, 6, 5 und 3 M. Unter Verschiedenem entstand eine lebhaft Diskussion. Gewünscht wurde bei allen Handlungen zu beachten, daß die Zahlstelle aus den beiden Orten Gelnau und Waldmühlbach gebildet wird. Der Vorsitzende hielt zum Schluß eine ernste Ansprache über die wirtschaftliche und politische Lage und die Aufgaben der Gewerkschaften. Uns hefte in allem nur ein einziges Zusammenstehen, besonders in den Gewerkschaften.

Groß-Kunzendorf. Unsere Zahlstellenverwaltung hatte zum 9. Jan. in Hellers Gasthaus die Generalversammlung einberufen, zu der 150 Kollegen erschienen waren. Tagesordnung: Quartalsabrechnung, Stellungnahme zu den neuen Beiträgen, Wahl des Vorstandes, Verschiedenes. Kassierer Scheinhauer gab die Quartalsabrechnungen vom

3. und 4. Quartal und die Streitabrechnung bekannt. Die Kasse war wieder einmal ein Defizit auf. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Zur Erhöhung der Beiträge warf Kollege Christen einen Rückblick auf 1921 und wies an Beispielen nach, daß die Löhne im verfloßenen Jahre um 120 Prozent erhöht wurden. Wenn sie auch lange mit der Teuerung nicht Schritt hielten, so ist es doch nur der Organisation zu verdanken, wenn wir nicht noch weiter zurückblieben. Den Kollegen soll es nicht schwer fallen, die Lohnerrhöhung von einer Woche jährlich an den Verband abzugeben. Kollege Lehmann verglich die Organisation mit einem Ameisenhaufen, dessen Bewohner auch Vorräte ansammeln, um zeitweise davon zu leben. Wenn wir hohe Beiträge zahlen, erhalten wir auch hohe Unterführungen. Eigentlich müßte der siebenwöchige Streik in diesem Quartal der beste Agitator unter den Kollegen gewesen sein. Nachdem noch die Kollegen Ronge, Pache und Hannig zur Sache gesprochen hatten, wurde beschlossen, die Beiträge nach dem Status und 1 M. Vorkaufschlag zu zahlen, um das vorhandene Defizit zu decken und die beiden noch ausgeperrten Kollegen weiter zu unterstützen. Zu Punkt 3 schlugen mehrere Kollegen vor, den alten Vorsitzenden und Kassierer wiederzuwählen. Der Vorstand selbst widersprach dem und empfahl zum Vorliegenden Alfred Brosig, zum Kassierer Richard Pache zu wählen. Es kam daher zur Abstimmung durch Stimmzettel. Es erhielten: Vorsitzender Josef Christen 142, Brosig 8 Stimmen; Kassierer Paul Scheinhauer 136, Pache 8 und 3 ungültige Stimmen. Somit waren der Vorsitzende und Kassierer wiedergewählt. Kollege Christen nimmt die Wahl nur unter der Bedingung an, daß die Kollegen dafür sorgen, daß noch einige, in zwei kleinen Betrieben arbeitende Unorganisierte dem Verband beitreten. Im übrigen wurden gewählt: als 2. Vorsitzender Alfred Brosig, zu Revisoren Josef Hentchel, Alfred Wente und Josef Kanne. In „Verschiedenem“ wurde kritisiert, daß die Schieferer eingewilligt haben, Überstunden mit einem Aufschlag von 50 Pf. zu leisten. Nach der Betriebsrat der Firma Lust fand Kritik, weil er noch nichts, oder wenig unternommen hat, um die Zwölftundenschieft in der Sägerei zu ändern. Die Ausrede der Firma, sie hätte keine angelernten Leute hier, ist nicht mehr stichhaltig, denn zur Zeit des Streiks haben Angelernte diese Arbeit in wenigen Tagen als Streikbrecher verrichtet. Mit einem Appell des Vorsitzenden an die Kollegen, immer so zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen und in Einigkeit zusammenzutreten, wurde die Versammlung beendet.

Ipshofen. Am Sonntag, dem 8. Januar, fand unsere Generalversammlung statt, die schlecht besucht war, denn von 65 Mitgliedern waren nur 22 anwesend. Die Abrechnung vom 4. Quartal war von den Revisoren geprüft und alles in bester Ordnung befunden worden. Dem Kassierer wurde für seine Mühe und Arbeit neben der Entlastung Dank. Der Vorsitzende gab einen Jahresbericht über die Tätigkeit der Zahlstelle. Zu Beginn des Jahres hatten wir 50 Mitglieder, steig im 2. Quartal auf 85 und haben jetzt am Schluß des 4. Quartals 65 Mitglieder. Versammlungen fanden wenig statt, die mäßig besucht waren. Die Beitragszahlung war zufriedenstellend. Der Kassenbestand der Kasse lag auf über 1000 M. An Krankenunterstützung wurden 440 M. ausbezahlt. Besonders viel Arbeit machten die Lohnbewegungen; wenn man dachte, eine ist erledigt, war die andere schon wieder im Gange. Es wurden von Anfang bis Schluß des Jahres sechs Teuerungszulagen erreicht, was durchschnittlich 3 M. pro Stunde mehr ausmacht. Auch sonstige Streitigkeiten, in denen oft der Gauleiter und Schlichtungsausschuß in Anspruch genommen werden mußten, waren zu regeln, meistens zugunsten der Kollegen. Der Vorsitzende dankte dann noch der Ortsverwaltung für ihre Mithilfe und wünscht auch im kommenden Jahre im Interesse der Kollegen und des Verbandes tätig zu sein. — Der 1. Vorsitzende und der Kassierer, ebenso der Schriftführer wurden wiedergewählt, als 2. Vorsitzender Gg. Grünwald, als Revisoren Joh. Köninger, Mich. Pauli und Gg. Bed neugewählt. Als Beiträge wurden die 4., 6., 7. und 8. Klasse für unsere Zahlstelle beschlossen. Unter örtliche Angelegenheiten wurde der Schiedspruch vom Landesorganisationsamt in Sachen der letzten Lohnzulage bekanntgegeben; ferner über die neue Steuerermäßigung und Wahl zum Vorstand der Allg. Ortskrankenkasse Schenkel berichtet, in letzterer haben wir fünf Freigorganisierte und einen Unorganisierten durch Vereinbarung bekommen. Kritik wurde geübt durch die Verzögerung des Gauleiters betriebs der Lohnbewegung der Gipsarbeiter und noch mehr an der en. Ueberweisung der Gipsarbeiter an den Fabrikarbeiterverband. Die Gipsarbeiter und auch die Zahlstelle Ipshofen sind nicht damit einverstanden. Dann wurde wegen der Interessiertheit verschiedener Kollegen und um den Versammlungsbuch zu haben, beschlossen: Wer ohne wichtigen Grund unentschuldig der Quartalsversammlung fernbleibt, hat an die Ortskasse der Zahlstelle eine Strafe von 5 M. zu zahlen, weigert sich der Betreffende, so wird er vom Verband ausgeschlossen. Es wurde festgestellt, daß einige Kollegen das ganze vergangene Jahr nicht eine Versammlung besuchten.

Blauberg. Am 8. Januar 1922 fand im „Amerikanischen Gasthaus“ zu Runding unsere Generalversammlung statt. Im ersten Punkt verlas unser Kassierer Reiner die Abrechnung vom letzten Quartal, die von den Revisoren und den Kollegen als musterhaft bezeichnet wurde. In Punkt 2: Wahl der Vorstandsführung, wurde die alte Vorstandsführung wiedergewählt, bis auf Hilfskassierer. Revisoren und Schriftführer. In Punkt 3: Beitragsregulierung, wurden genau nach Verdienst die Beitragsklassen eingeführt. In Punkt 4: Verschiedenes, wurde unser Tarifabschluß sehr stark kritisiert, besonders Position 14 und Position 15. Da muß unsere Tarifkommission möglichst unterrichtet gewesen sein über die genannten Positionen. Die Versammlung war mäßig besucht. Der Vorsitzende Josef Wilmann ernannte mit ernsten Worten, daß die Kollegen auch in diesem Jahre ihm zur Seite stehen, mag kommen, was will. Nach kurzer Debatte über verschiedene Angelegenheiten schloß er die Versammlung mit dem Mahnruf: „Einigkeit macht stark“.

Raumünzsch. In der Versammlung vom 9. Januar wurden die Kassenverhältnisse besprochen; Neuwahl des Vorstandes vollzogen und die Lohnverhältnisse besprochen. Beschlossen wurde, Fortkommen einzuzureichen, denn die Steinhauer sind mit ihrem Lohn in letzter Zeit recht ins Hintertreffen geraten. Auch im Murgal ist der Lebensunterhalt recht teuer geworden und sieht keinem anderen Orte irgendwo nach. — Dann wurde noch einem Verunglückten eine kleine Unterstützung ausgezahlt. — Manche Betriebe im Murgal lassen immer noch zu wünschen übrig, wenn sich auch manches von der früheren Regellosigkeit geändert hat; besonders ist es der Betrieb der Firma Weier, Sitz Ottenhöfen, der unter den heiligen Kollegen Unzufriedenheit erregt; weniger gegen die Firma selbst, als vielmehr gegen ihren Unterakfordanten, der im hiesigen Bruch sich als „König“ fühlt. Herr Geiser heißt er und aus Kappelroden soll er stammen. Immer ist Zant und Streit beim Abnehmen der Steine; im weiteren sucht er einen Kollegen, der in der Betriebsbarade wohnt, ganz besonders zu schikanieren. Es ist wirklich notwendig, daß die Firma Weier sich um die Zustände kümmert. Der Betrieb ist sonst nicht schlecht, aber ein grober und aufgeregter Unterakfordant kann in kurzer Zeit mehr verderben als sonst wieder gut gemacht werden kann. Solange keine Veränderung kommt, haben die etwa zureisenden Kollegen sich von diesem Betrieb fernzuhalten; Auskunft gibt schon die Zahlstellenverwaltung. Dann wollen wir unter keinen Umständen die früheren Verhältnisse des Schwarzwaldes wieder einreisen lassen. Für Schmaus und Augenverderben darf im Arbeiterbetrieb kein Platz sein. Gute Bezahlung, exakte Arbeit, anständige Behandlung, was darüber, ist vom Uebel; das sollte sich auch Herr Geiser aus Kappelroden merken, ein „Taubenschlag“, wo es ein- und ausfliegt, ist kein Betrieb für unsere heutigen Verhältnisse und nötige, grobe Menschen passen zu allem anderen, nur nicht zur Leitung eines Betriebes mit freien Arbeitern.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

(W. W. W.) Die Konferenz in Cannes, die ein so unerwartetes Ende nahm, hat zwar keine reifliche Klärung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage gebracht, es ist jedoch nicht zu verkennen, daß nach Rückkehr der deutschen Delegierten aus Cannes in Deutschland eine starke Entspannung eingetreten ist, und daß man sich in Politik und Wirtschaft mehr denn in anderen Angelegenheiten mit einigergibt. Vor der Konferenz herrschte Gewitterschwele und allgemeine Anstalt, irgendwelche Dispositionen auch nur für die allernächste Zukunft zu treffen. Noch steht uns Genua bevor, aber

es scheint, als ob dieses für Deutschland Ueberraschungen kaum noch bringen könne, da aller Voraussicht nach das uns in Cannes gewährte vorläufige Moratorium die Grundlage einer Regelung des Reparationsproblems für das ganze laufende Jahr bilden wird. In Genua wird jedenfalls das russische Problem das Hauptinteresse der Konferenzteilnehmer auf sich lenken. Sichtlich der Sachleistungen, die Deutschland im Jahre 1922 auszubringen hat, sind Einzelheiten nur in begrenztem Umfang bisher festgelegt. So hat die Reparationskommission das Lieferungsprogramm für Kohle und Koks bereits für die Monate Februar, März und April auf 5,75 Millionen Tonnen festgesetzt. Angesichts der noch immer unbehobenen Kohlennot im Inlande ist ein so starker Abfluß an Brennstoffen bester Qualität für uns naturgemäß eine sehr schwere Last. Es wird aller Aufmerksamkeit des deutschen Bergbaus bedürfen, um die Versorgung der Eisenbahnen und sonstigen Verkehrsmittel, der Gas- und Elektrizitätswerke und der Industrie ohne größere Störungen durchzuführen, damit wenigstens von dieser Seite dem wirtschaftlichen Leben keine weiteren Schäden erwachsen. Nach den jetzt vorliegenden endgültigen Biffen für die Förderungsergebnisse des Ruhrkohlenbergbaus im Jahre 1921 ist ein gewisser Fortschritt nicht zu verkennen. Es sind insgesamt im Ruhrverkehr 94,11 Millionen Tonnen Kohle gefördert worden gegen 88,26 Millionen Tonnen im Vorjahre. Im Vergleich zum Jahre 1913 ergibt sich allerdings immer noch ein Fehlbetrag von mehr als 20 Millionen Tonnen. Die durchschnittliche arbeitstägliche Förderung betrug im abgelaufenen Jahre 310 866 Tonnen gegen 291 755 Tonnen im Vorjahre und 897 840 Tonnen im Jahre 1913. Es ist zu berücksichtigen, daß im Jahr 1921 nur während 2½ Monaten das Ueberschichtensystem in Geltung war, während im Vorjahre 10 Monate hindurch Ueberschichten verfahren wurden. Die jetzt eingetretene Steigerung ist teils durch Einstellung neuer Arbeitskräfte, teils aber auch durch eine erhöhte Leistung des einzelnen Mannes erreicht worden. Daß die Leistungen im Vergleich zur Vorkriegszeit noch stark zurückgeblieben, hat seinen guten Grund darin, daß während des Krieges ein gewisser Raubbau getrieben wurde, und daß jetzt auch die weniger ergiebigen Flöze, die man damals hatte liegen lassen, abgebaut werden müssen. In der Unternehmungswelt wird über die gewerbliche Nebenarbeit der Vergleute Klage geführt. Diese Vorwürfe sind jedoch unberechtigt. Es hat sich in allen Industrien des In- und Auslandes immer wieder gezeigt, daß die Beschränkung der Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß der Arbeitsleistung nur förderlich ist. Wenn der Arbeiter in seinen freien Stunden in seinem Gärtnchen oder auf seinem kleinen Kartoffelfeld tätig ist, so hat dies für seine Gesundheit, zumal beim Untertagearbeiter, nur günstige Wirkungen. Im Interesse der Volkswirtschaft und der Erhaltung der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands liegt es, daß vor allem an der Arbeitskraft kein Raubbau getrieben wird. Ausgemergelte und der Schwinducht verfallene Arbeiter können auch bei verlängerter Arbeitszeit nur geringere Leistungen aufbringen. Wenn aber in Zeiten der Not die Belegschaften sich freiwillig entschließen, im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse Ueberschichten zu leisten, und ihre Arbeitskollegen in anderen Industrien vor Arbeitslosigkeit zu bewahren, so sind sie dazu nur imstande, wenn sie in normalen Zeiten ihren Körper gesund erhalten. Die Leistung von Ueberschichten kann immer nur ein Notbehelf für kurze Zeit sein. Die Vergewaltigung hat bewiesen, daß sie in ersten Stunden dem Vaterlande und der deutschen Wirtschaft die Treue hält. Man soll dafür dankbar sein. Die jetzige Kohlennot erklärt sich nicht zuletzt aus dem großen Wagenmangel der Reichsbahn, der wiederum teilweise eine Folge des Versailler Friedens und der Zurückbehaltung deutschen Eisenbahnmateriale in Polen ist.

Deutschland hat vorläufig an die Entente alle zehn Tage für 31 Millionen Goldmark fremde Devisen abzuliefern. Daneben sind für das laufende Jahr Sachleistungen im Gesamtwerte von etwa 1400 Millionen Mark aufzubringen. Die Devisenbeschaffung erfordert bei den jetzigen Kursen einen monatlichen Aufwand von mehr als 4 Milliarden Papiermark. Angesichts der Tatsache, daß der Reichssetat für das neue Finanzjahr mit einem Fehlbetrag von 181,9 Milliarden Mark gegen 162 Milliarden im Vorjahre abschließt, ist anzunehmen, daß die Reparationsdebitten zunächst nur durch Ausgabe weiterer Rentnoten und durch Erhöhung der schwebenden Schuld bestritten werden können. Von der möglichst raschen Erledigung der schwebenden Steuerprojekte wird es abhängen, ob die Inflation und die Geldentwertung eingedämmt werden kann. Vorläufig stehen wir im Zeichen einer unheimlich anwachsenden Teuerung, die sich vor allem auf die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse erstreckt. Alle Kategorien der Lohn- und Gehaltsempfänger sehen sich dadurch in ihrer Lebenshaltung wieder aufs schwerste gequält. Die erneut hervortretende Streikbewegung der Eisenbahner in verschiedenen Teilen Deutschlands zeigt, daß mit provisorischen Mitteln nicht mehr auszukommen ist, da geringe Aufbesserungen durch die Teuerung schon absorbiert werden, ehe sie noch zur Auszahlung kommen. Von dem führenden Staatsmann Frankreichs erhobene Vorwurf, daß Deutschland systematisch seine staatlichen Mittel verschleudere, und daß die Nation sich auf Kosten des Staates bereichere, ist unzutreffend. Aufmerksam und objektive Beobachter haben längst erkannt, daß die Lebenshaltung der breiten Volkschichten in Deutschland auf ein kaum noch zu verantwortendes Minimum herabgedrückt worden ist. Wohl gibt es Kreise, die auch jetzt noch von der allgemeinen Not wenig oder gar nicht berührt werden, und die sich ihren Verpflichtungen dem Staate gegenüber zu entziehen wissen. Deshalb ist rückwärtsloses Durchgreifen gegen Schlemmer und Schieber, restlose Ausschöpfung aller verfügbaren Steuerquellen das Gebot der Stunde. Es muß alles daran gesetzt werden, den Steuererhebungsinstrumente zu vereinfachen, damit der Staat rechtzeitig das erhält, worauf er Anspruch hat.

Rundschau.

Aus unserem Beruf und unserer Industrie. Ueber die Geschäftslage in der Steinindustrie berichtet im Januarheft das Reichsarbeitsblatt: Der Abzug in der Granitindustrie im Inland stieg vollständig, während das Auslandsgeschäft sich etwas ausgiebiger gestaltete. Zu berücksichtigen ist, daß die Abperrungsmassnahmen einzelner Länder gegen die Einfuhr deutscher Granitergagnisse immer bedrohlicher werden, was um so bedenklicher ist, als es sich bei Frankreich und der Schweiz um gute Abflugsgebiete handelt. — Der Auftragsbestand der Basaltindustrie war im Berichtmonat ausreichend. Die Porphyrwerke waren ebenfalls gut mit Aufträgen versehen. — In der Marmorindustrie ist seit September In- und Auslandsnachfrage wieder in größerem Umfang aufgetreten. Als sich mit Beginn der fast ausschließlich auf das Sinter der Marktwirtschaft zurückzuführenden Hochkonjunktur die Nachfrage nach deutschem Material steigerte und wegen der hohen Auslandsquoten die fremdländischen Sorten weniger gefragt wurden, waren die deutschen Brüde aus technischen Gründen nicht hofori in der Lage, den Anforderungen Rechnung zu tragen. Notwendige Arbeiterentlastungen wie Arbeiterabwanderungen in andere Betriebe wirkten hemmend. Die Inlandsbedarfe erstreckte sich, wie von der Münchner Handelskammer berichtet wird, vor allem auf die Möbeldindustrie und auf elektrische Werke. Dagegen liegt das Grabsteingeschäft auch heute noch still.

Gewerkschaftliches. Auf einen vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an das Reichsjustizministerium gerichteten Antrag teilt das Reichsjustizministerium mit, daß zur Zeit im Reichsrat ein Gesetzentwurf vorliegt, der eine wesentliche Erhöhung der geltenden Gebührensätze (Zeugen- und Sachverständigengebühren) vorsieht und voraussichtlich binnen kurzem dem Reichstag zugehen wird. Die neuen Bestimmungen über die Einkommensteuer. Der Reichsfinanzminister macht wiederholt darauf aufmerksam, daß die jetzt zur Verteilung gelangenden Steuerbücher mit den alten Sätzen, wie sie für die Steuerermäßigung nach den Bestimmungen, die bis zum 31. Dezember gültig waren, versehen werden müssen. Der Arbeitgeber ist dagegen verpflichtet, diejenigen Abzüge zu machen, wie sie nach den neuen Bestimmungen vom 1. Januar

1922 an gültig find. Hierauf ergibt sich, daß die Beträge für den
Gemann, die Ehefrau und die Kinder verdoppelt und der für die
Verbungskosten verdreifacht werden.
Sofort ein Steuerpflichtiger mittellose Angehörige unterhält, ist
er berechtigt, beim Finanzamt eine Veränderung der Angaben auf seinem
Steuerbuch zu beantragen. Wird diesem Antrage stattgegeben, so ist
das Finanzamt verpflichtet, auch die anderen Sätze entsprechend dem
Beschlusse des Reichstages vom 17. Dezember 1921 abzuändern. Diese
Eingetragungen sind mit einer anderen Linie als die von der Gemeinde-
behörde ursprünglich gemachten Eintragung zu bewirken, außerdem hat
das Finanzamt entweder durch Stempel oder durch handschriftlichen
Vermerk die Abänderung zu bekräftigen. In gleicher Weise ist auch
zu verfahren, wenn der Steuerpflichtige eine Erhöhung des Abzuges
für Verbungsstellen beantragt. Einem diesbezüglichen Antrag ist aber
nur stattzugeben, wenn die Verbungsstellen den Betrag von 5400 M.
um mindestens 450 M. übersteigen. Ferner ist zu beachten, daß Ver-
sicherungsgewährungen, welche für Versicherungen des Steuerpflichtigen oder
eines seiner nicht selbstständig voranlagten Haushaltsangehörigen
auf den Todes- oder Lebensfall bezahlt werden, anrechnungsfähig sind,
soweit sie den Betrag von 1000 M. jährlich nicht übersteigen. Durch
das Gesetz vom 24. März 1921 ist der Betrag von 600 M. auf
1000 M. erhöht worden.
Als Einkommen für die Personenstandsaufnahme gilt sowohl für 1921
als auch für 1922 der 20. Oktober. (Erlaß des Reichsministers der
Finanzen vom 26. Oktober 1921. III. C. 33 251.)
Der Zentralverband der Angestellten fördert den
Angestelltengruppen seiner Mitglieder in den einzelnen Geschäftszweigen
eine äußerst umfangreiche, aber auch inhalts- und lehrreiche Gesamt-
zeitung, die jeden zweiten Mittwoch, also 14-tägig erscheint. „Der
freie Angestellte“ hat in seiner Gesamtausgabe noch 9 Beilagen:
1. Volkswirtschaftliche Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung. 2. Der
Industrie- und Handelsangestellte. 3. Zeitschrift für Versicherungsange-
stellte. 4. Der Behörden-Angestellte. 5. Der Genossenschaftsangeestellte.
6. Der Bergbau- und Hüttenangestellte. 7. Das Bekleidungs- und
8. Die Werte (für Angestellte des Buch-, Kunst- und Musikalienhandels
sowie des Zeitungsgewerbes). 9. Der Anwaltsangestellte.
Diese Aufmachung ist sicher durch die Vielfältigkeit der Ange-
stelltenbewegung notwendig geworden, sie will neben der Gesamt-
zugehörigkeit auch die engere Berufssolidarität fördern, so wie es bisher
die engeren Berufsorganisationen der Handarbeiter immer als ihre
Hauptaufgabe mit betrachtet haben, ohne etwa damit den Berufs-
dünkel zu fördern. Neuerdings haben wir verschiedentlich lesen können,
wie übereifrige Befürworter von „Berufsmittelungen“ zu Industriever-
bänden, Berufsorganisation und Berufsdünkel als ein und dasselbe
hinstellen und dann darauf lospauken. Ein allerdings recht billiges
Vergnügen.

Soziales. Soziale Lage und Landstreichertum. Die
Bettler und Landstreicher, die die Mitleidsmoral für den Abscham
der Menschheit hält, sind in Wirklichkeit nichts als eine Folge des
Kampfes um das Dasein. Und zwar sind es zumeist pathologisch
veranlagte Proletarier, die das Leben auf die Straße zwingt.
Es ist statistisch erwiesen, daß wirtschaftliche Not und industrielle
Krisen das Landstreichertum fördern. Es ist nach dieser Land-
streichertatistik nicht der Willkür gegen eine geregelte Arbeit,
der diese Armen zum Landstreichertum veranlaßt. Stets ist der
Prozentfuß der Arbeitswilligen sehr hoch. Daß es die wirtschaftlichen
Verhältnisse sind, die zum Landstreichertum führen, beweist auch
die Tatsache, daß das Landstreichertum in der wirtschaftlich schwe-
ren Zeit des Jahres, im Winter besonders groß ist. Im Januar
gibt es im Durchschnitt dreimal so viel Landstreicher wie im Juni
und Juli. Ebenso nimmt die Zahl zu, wenn die Lebensmittelpreise
steigen, und ab, wenn die Lebensmittel im Preise fallen.
Man sollte darum nicht hochmütig das Haupt heben und denken:
ich danke dir Gott, daß ich nicht bin wie diese! Wer wirklich sit-
tliches Fühlen in sich trägt, der ist bestrebt, die Ursache des
Elends zu beseitigen, damit endlich solche Erscheinungsformen mo-
derner Ankultur nicht mehr möglich sind.

Zahlen, die sprechen. Nach neuen Feststellungen sind in
Halle 90 Prozent der Volksschulkinder stark unterernährt. Bei
20 Prozent ist Tuberkulose festgestellt. Ein Viertel der Kinder
kann die Wirbelsäule nicht mehr aufrecht halten. In Karlsruhe
sind von 6630 Kleinkindern 2500 schwer unterernährt. Von 17 380
Schulkindern im Freistaat Sachsen ist die Hälfte unterernährt und
blutarm.

Soziales Los und Sittlichkeit. Dr. Verbaed kommt
auf Grund statistischer Feststellungen zu dem Ergebnis, daß zwei
Drittel der Sittlichkeitsverbrechen auf die Rechnung des Alkohols
zu setzen sind. Da aber der Alkoholverbrauch genau der sozialen
Lage parallel geht, so steht also die Zahl der Sittlichkeitsverbrechen
in enger Verbindung mit der sozialen Lage. Die „Sünde“ ist
darum vor allem das Leben da draußen, das soziale Dasein. Und
wer wie wir das gestaltet, der fördert damit die Wurzel der Kultur.

Das soziale Leiden der Gesunden. Die Statistik
stellt immer wieder fest, wie eng Krankheit und soziale Lage mit-
einander verbunden sind, in wie hohem Maße die Berufstätigkeit die
Krankheiten im Gefolge hat. Die Wirklichkeit ist aber noch viel
schlimmer, als es nach diesen Zahlen den Anschein hat. Man hat
nämlich festgestellt, daß nicht nur die Krankheit, die man als
Krankheit erkannt hat, meist eine Folge des sozialen Lebens ist;
auch die scheinbar Gesunden leiden in hohem Maße unter den
sozialen Verhältnissen. Diese sogenannten Gesunden sind nämlich
meist gar nicht die Gesunden, für die man sie ansieht. In Amerika
werde schon seit langem „periodische Untersuchungen anscheinend
Gesunder“ vorgenommen, und da hat man denn im Laufe der
Jahre immer wieder festgestellt, daß der Prozentfuß der Kranken
unter diesen Gesunden überaus hoch ist. Es wiesen nämlich 91 Pro-
zent Untersuchungen Abweichungen von Normalen auf. Es wurde
weiter festgestellt, daß die körperliche Arbeit und das soziale Leben
im Körper von 96 Prozent dieser Proletarier bereits eine ge-
wisse „Anbrüchigkeit“ geschaffen hat. Und weiter hat sich ergeben,
daß in Wahrheit 60-65 Prozent dieser Untersuchten gar der
ärztlichen Behandlung bedürftig sind. Diese Tatsachen zeigen uns ein-
mal, daß das soziale Leben des Proletariats ein noch viel schlim-
merer Feind der allgemeinen Gesundheit ist, als man im allge-
meinen glaubt und daß der Kampf gegen den Kapitalismus darum
im volksgesundheitlichen Interesse noch viel schärfer geführt
werden muß. Dann aber zeigen uns die Feststellungen in Amerika
aber auch, wie notwendig solche periodische Untersuchungen auch in
Deutschland sind. So manches Leiden könnte auf diese Weise be-
reits im Keime erstickt werden, ehe sich die Krankheit so weit ein-
gefressen hat, daß eine Heilung nur schwer oder gar nicht mög-
lich ist.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Beachtet den Portolarif!
Sendungen, die als Drucksachen, Geschäftspapiere und
Warenproben zur Post gegeben werden, dürfen keine schrift-
lichen Mitteilungen enthalten.
Das Strafporto für solche Sendungen nimmt derart überhand,
daß kein anderer Ausweg mehr bleibt als die Annahme wahllos zu
verweigern, um die Wäsender sich von der Berechtigung ihrer vermeint-
lichen Portoparmins selbst überzeugen zu lassen. Solange wir solche
mit Strafporto belegten Sendungen annehmen, glauben die Wäsender,
richtig frankiert zu haben, denn es sind zum größten Teil immer ein
und dieselben Zahlstellen, für die Strafporto gezahlt werden muß!

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Bei allen Arbeitsangeboten, auch wenn sie im „Steinarbeiter“ er-
folgten, ist eine vorherige Erlundung in der betreffenden Zahlstelle
angebracht. In Orten, wo eine Zahlstelle oder Zweigverein nicht besteht,
können durch Vermittlung des Verbandsvorstandes eventuelle Verbindun-
gen mit Einzelzahlern hergestellt werden. — Dieser Hinweis gilt
allgemein. Einzelbekanntmachungen von Zahlstellen erübrigen sich
deshalb.

Bodum. Der Steinmetz Josef Kollhaas, geboren am 26. Fe-
bruar 1871 zu Mahen, wird hiermit an seine Pflicht unserem
Giltstatter gegenüber erinnert.

Fürstent. Das Mitteilungsblatt des Kollegen Josef Köster
ist verloren worden (Nr. 047 692). Vor Mißbrauch wird gewarnt.
Buch ist ungültig.

Magdein. Die Interimsliste ist dem Kollegen Joh. Grill,
geboren am 10. Oktober 1885 zu Oehingen, entnommen. Beim Vor-
zeigen abnehmen und den Betreffenden eventuell der Behörde
melden. Karte hat die Nr. 97 518, ist natürlich nun ungültig.

Köln. Gauleitung. Da wiederholt Postsendungen aus den
Zahlstellen an die frühere alte Adresse gelangen, mache
ich alle Ortsverwaltungen noch einmal aufmerksam, daß meine
Adresse jetzt lautet: Jakob Braun Gauleitung, Köln-Mül-
heim, Wangelstraße 8.

Weimar. Der Steinmetz Emil Kühne wird erfaßt, seinen
Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber nachzukommen. Wer etwas
Näheres über seinen Aufenthalt oder seine Personellen (Verbandsbuch-
nummer, Geburtsort, -Tag und -Jahr usw.) angeben kann, wird ge-
beten, dies dem Unterzeichneten mitzuteilen.
Kassierer Ferdinand Baumgarten, Friedensgasse 16, II.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 15. bis 21. Januar 1922.

- Stuttgart 24.50, Steinbach Jnl. 24.—, Blantensee Jnl. 24.—,
Albersweiler 2020.20, Altenarzonau 1169.20, Bülow 82.90, Burg-
schwalbach 1314.—, Köln 1889.70, Deidesheim 2188.60, Diethan
395.—, Eberhardsreuth 479.20, Frankfurt a. M. 446.30, Färental
1009.—, Hemerau 1911.—, Haslach 1964.70, Rappelrod 3919.25,
Kraatsdorf 601.10, Lollar 181.80, Langenbach 1879.70, Magdein
214.—, Neuhaus 634.70, Nordheim 355.40, Offenbach Dillr. 333.60,
S. u. Winterhausen 1766.80, Schuppach 2312.30, Tröitzau 2294.45,
Wilmars 1131.—, Wildheit 367.—, Zphosen 46.20, Ziegelauer
4370.65, Weilmünster 237.95, Wildemann 2341.60, Ströbel 4431.72,
Striegau 31 378.20, Rothenbach 1107.—, Brenslau 723.80, Oster-
wald 205.71, Münchshagen 597.40, Mülheim a. R. 338.70, Ling
a. Rh. 1572.60, Langenaltheim 2887.40, Lauban 311.75, Lahr
280.90, Groß-Steinheim 434.80, Königswalde 2777.60, Kirchen-
lamy 4080.25, Riefersfelden 1707.70, Homberg 2192.80, Hornberg
939.60, Hafferde 2310.50, Hagenberg 5061.10, Greifswald 728.60,
Friedenfel 1745.55, Erdbach 786.80, Eisenach 1213.30, Dreihau
1909.70, Drambura 687.40, Dortmund 1923.40, Verzhahn 1775.30,
Büchsisgrün 736.70, Altdieck 1731.70, Aßbach 2441.35, Malchin
10.—, Hegrode 3.—, Großsch 30.—, Oberpeilau 15.—, Ufermünde
Jnl. 64.—, Alt-Warthau 46.50, Altendorf 1295.15, Ebernburg
1945.20, Bennigsen 83.40, Dornrechenbach 1011.—, Bergöns
1146.40, Fürstenein 5942.80, Gefrees 12.80, Herrenheide 1461.60,
Hardege 469.50, Lübed 641.20, Lauterbach 2989.70, Offenbach
Dillr. 7.50, Sprockhövel 745.15, Saalburg 961.60, Siedelsbrunn
471.50, Schraudenbach 361.75, Wechselburg 1511.30, Westerde
2344.60, Wulsdorf 655.40, Wünnichburg 933.80, Udrath 1000.10,
See 911.60, Randersader 1412.—, Pilgramsreuth 695.—, Ober-
Peilau 3056.05, Neudorf a. D. 321.10, Neudorf 420.50, Neuhain
1426.—, Nürnberg 5613.80, Landsberg a. W. 377.—, Königshain
1534.74, Rira 2373.90, Rembach 332.80, Reinrinderfeld 4752.30,
Gubensberg 4655.70, Göttingen 686.80, Flechtingen 539.40, Elg-
weiler 2317.65, Eudenberg 1684.90, Ehringsdorf 880.95, Driedorf
1032.50, Deilstern 2045.40, Droyßig 300.—, Dornap 229.—, Hohen-
arün 485.20, Beuthen 272.90, Bremen 544.04, Aachen 708.70,
Thüngen 28.—, Düsseldorf 92.40, Strehlen 18 363.40, Leipzig 21.—,
Demitz 5333.90 u. 20.—, Dirschau 624.—, Döhlenheim 1574.10,
Dehantshaus 621.90, Eßfen 143.—, Augsburg 3285.50, Freudenstein
1244.30, Gochmannsdorf 1084.50, Hemsbach 22 192.50, Häßlich
9181.80, Reitenhausen 831.60, Rottenhauer 1142.80, Schaded
203.10, Steinau 1130.55, Weinhofen 28.10, Wolfshagen 3321.40,
Regensburg 45.—, Sulzum 63.—, Walfau 34.—, Ortenberg Jnl.
7.50, Stettin 2368.20, Oberaula 1520.30, Wagen 5211.75, Immen-
dingen 2216.10, Gellertichen 698.20, Bonn 183.30.

Richtigstellung: Die in Nr. 2 des Steinarbeiter unter
Riesa quittierten 600.— M. gehören unter Wahnitz.
Ludwig Geist, Kassierer.

Adressenänderungen.

- 1. Gau.**
Greifswald. Vorf.: Franz Rehm 30, Grimmerstr. 53/57. Raff.:
Heinrich Lashewang, Grimmerstr. 15.
Kosfeld. Vorf.: Ernst Liedt, St. Georgstr. 50.
Stade. Vorf.: Carl Bell, Jobelmannstr. 7. Raff.: Paul
Maack, Hagedorn 5, I.
2. Gau.
Eunwalde. Vorf.: Hermann Wagner, Schönberg Nr. 44 b.
Hodenau. Vorf.: Friedr. Müller. Raff.: Otto Schulz.
Oberpeilau I. Raff.: Wilhelm Fulde, Verbindungsstr. 1.
3. Gau.
Alleben. Vorf.: Herm. Weise, Sehmstr. 1. Raff.: Karl Ragig.
Ehringsdorf. Vorf.: Karl Kämpfe.
Freyburg a. U. Vorf.: Wilhelm Klischmüller, Al. Brücken-
straße 3. Raff.: Ernst Ruppig, Marienstr. 6.
Gera. Raff.: Karl Schöne, Weststraße 3.
Herrenheide. Vorf.: Anton Opfalter, Hartmannsdorf, Bez.
Leipzig, Kreuzschweg 2. Raff.: Willy John, Hartmannsdorf,
Chammiger Str. 26.
Tanga. Vorf. und Raff.: Gustav Voigt, Gradefeld 23 b.
Treffurt. Raff.: Adolf Wagner, Bloch 19, III.
4. Gau.
Einbed. Vorf.: Josef Schmidt, Reinskerkmweg 29.
Lutter a. Wrg. Raff.: Fritz Viel in Oslutter (Vorf. Lutter).
5. Gau.
Altendorf. Vorf.: Alois Steinleitner, Königsstele, Stein-
bruch Silberhühle. Raff.: Gottfr. Deppen, Königsstele, Altendorfer
Straße 48.
Driedorf. Vorf.: August Stahl jun. Raff.: Karl Steinberger.
Dornap. Vorf.: Hugo Ledebusch, Ledebühne. Raff.: Artur
Ritter, Nr. 331.
Emsel. Post Erbach. Vorf.: Christian Benner; Raff.:
Jngelbert Straußfeld.
6. Gau.
Derdingen. Vorf.: Karl Keller.
Haslach. Vorf. u. Raff.: Anton Himmelreich (Bezirksleiter).
7. Gau.
Büchsisgrün. Raff.: Fritz Leppert, Nr. 26.
Blüchberg. Vorf.: Max Dersch. Raff.: Martin Mager.
Gefrees. Vorf.: Adam Prag. Raff.: Johann Weiden-
hammer, 192.
Kaiserhammer. Vorf.: Karl Thüring, Post Höchstädt (Fichtberg).
Pantzen. Raff.: Joh. Sandl.
Ruhmannsfelden. Vorf.: Jos. Schneider, Prims. Raff.: Jos.
Kraftl.
Tröfau. Vorf.: Hans Bauer, Nr. 68. Raff.: Feinr. Köfler,
Nr. 37.
8. Gau.
Diethan. Raff.: Peter Kaiser, Friedhoffstr. 9.
Grünsfeld. Vorf.: Peter Fürter. Raff.: Josef Schmitt.
Milkshausen. Raff.: Kaspar Ries.
Reichenberg b. Würzburg. Vorf.: Joh. Semmel. Raff.: Gg.
Mullinger.
Römhild. Vorf.: Bernhard Bäumer.
Dierels, Post Trunstadt b. Bamberg. Vorf. u. Raff.: Michael
Basel.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Der Gesundheitschutz im Betriebe. In der Reihe der ge-
meinam vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und All-
gemeinen freien Angestelltenbund herausgegebenen Betriebsräte-
schriften ist soeben Heft 11: „Der Gesundheitschutz im Betriebe“
erschienen. Professor Dr. med. Th. Sommerfeld, der auch in Arbeit-
nehmerkreisen eine anerkannte Autorität auf diesem Gebiete ist,

hat es übernommen, in durchweg einander verständlicher Weise die
Gesundheitsgefahren im Betriebe, welche sich durch unhygienische
Arbeitsräume, schädliche Arbeitsstoffe, falsche Arbeitsweise usw.
ergeben, zu schildern. Wie diesen Mifständen entgegenzutreten
werden kann, ist in einem besonderen Abschnitt ausführlich dar-
gelegt, während ein weiterer Abschnitt einer eingehenden Unter-
suchung, wie die Betriebsräte zu der gesundheitlich einwandfreien
Ausgestaltung und Ueberwachung der Betriebe beitragen können,
gewidmet ist. Da Hunderttausende unserer Arbeitskollegen unter
den Schädigungen ihres Berufes schwer leiden und viele alljähr-
lich dadurch ihre Gesundheit und sogar ihr Leben verlieren, ent-
spricht die Herausgabe dieser Schrift einem allseitig als dringend
empfundenen Bedürfnis. Dieselbe hat daher nicht nur für die
Betriebsräte, sondern überhaupt für alle Gewerkschaftskollegen bzw.
Arbeitnehmer eine große Bedeutung. Darüber hinaus ist die Schrift
unter eingehender Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen
paragrafenweise niedergelegt. Wie der Betriebsrat als Körpers-
schaft diese Aufgabe erfüllen kann. Was die einzelnen Betriebs-
ratsmitglieder in dieser Beziehung zu tun haben. — Hierdurch wird
die Schrift für unsere Betriebsvertretungskollegen noch ganz be-
sonders wertvoll, da sie sich in ihrer Tätigkeit auf dieselbe stützen
können und in der Lage sind, sowohl die Arbeitgeber als auch die
Gewerbeaufsichtsbeamten, wenn dieselben Schwierigkeiten machen
sollten, zur Anerkennung der gesetzlichen Rechte der Betriebsver-
tretungen in diesen Fragen zu zwingen. — Die Schrift verdient
weitest Verbreitung und sollte im Besitze mindestens jedes Be-
triebsvertretungsmitgliedes sein. Sie kann vom Verbandsvorstand
bezogen werden, die in der Agitation tätigen Kollegen bekommen
die Broschüre vom Verbandsvorstand zugestellt. Im übrigen kann
das Heft von der Verlagsgesellschaft des ADGB, Berlin SO 16,
Engelshofer 24 IV, bezogen werden, bei größerem Bezug Ermäßig-
ung. Ladenpreis 5.40 Mark.

Beramlungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen.
Leipzig. Sonntag, 29. Januar, vormittags 9 Uhr, Gau-
konferenz des 2. Gau, im Volkshaus, Bismarckstraße.
(Näheres siehe in Nr. 2 unter „Bekanntmachungen der Gau-
leitungen“.)
Bauhen. Sonntag, 5. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im
Restaurant Büttner.

Anzeigen

Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methodel
Franz Siegler, Schriftzeichnerel, Gießen (Hessen).

Wehrs Steinhauerbürsten
Rehbach-Bleisliste - Maßstäbe
Zur Ausübung der hohen Portofreien ist die Bestellung eines größeren
Quantums zu empfehlen (Häufteuskassierer): beim Kollegen
Georg Wehr, Steinmetz, Neudorf a. W. (Bayern).

Steinhauer und Stöber
gegen hohen Lohn oder Akkord gesucht. — Unterkunft vorhanden.
Friedr. Nippus, Ruhrsandsteinbrüche, Sprockhövel i. Westf.

STEINMETZEN
auf Nesselberger Sandstein für
dauernde Arbeit (Bauarbeit) gesucht.
FRITZ SCHNEEBERG, ALTENHAGEN I bei Springe.

Tüchtiger junger Steinmetz
auf Sandstein, der auch Granit arbeiten kann bei gutem Lohn für
dauernd gesucht.
Friedrich Nell, Steinbildhauerei, Zeven (Hannover).

Bruchmeister, der mit allen im Bruch-
betrieb vorkommenden Ar-
beiten vertraut ist, sucht
Stellung. — Angebote sind mit der Aufschrift „Granit-
bruch“ an die Schriftleitung des Blattes zu richten.

Mehrere Steinmetzen und Bossierer werden eingestellt.
Vollmitwert Salzheimendorf (Bez. Hannover).

Zwei im Grabt inlach **Steinmetzen** sofort gesucht. Mel-
bewerber unter Verheiratete dungen mit Angabe der
Lohnforder. an E. A. Frommhold, Steinbildhauerei Eisenburg.

Marmorarbeiten und ein Sandsteinmetz für dauernd sofort gesucht.
Gg. Gutchen, vorm. Buchmann, Reichenbach i. Schlesien.

Tüchtigen Sandsteinmetz
der firm im Schlichten und Zeichnen, auch Verzierung-arbeiten in
Granit arbeitet, stellt bei gutem Lohn und Arbeitsverhältnis sofort
für dauernd ein **Fritz Schartz, Uecker, münde.**

4-5 gute Reinarbeiter, auf Denkmäler und Bau-
arbeiten, sowie
3 Pflasterer werden bei Tariflohn eingestellt. Kost und
Wohnung vorhanden.
Granitwerk Eberhardsreuth (Post Schönberg, Bayern).

Tüchtige Marmorfleifer stellt sofort ein
Karl Jaegerel, Marmorwerk, Brannschweig.

Tüchtige Dreher, die auch volleren Fräser
kennen, sowie
am Schubsch oder kleine Schneidmaschine auf kunst-
gewerbliche Marmorarbeiten für dauernd gesucht.
H. Woller & F. Drießlein, Mürnberg. Rieterstraße 51.

2 Granitschleifer werden für dauernde
Arbeit sofort eingestellt.
Granitwerk E. Köpfer, Schmalhalden i. Thüringen.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht,
für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntniss eingereicht wurden.
In Hohenleuben am 28. Dezember der Pflasterstein-
arbeiter **Heinrich Schaffer**, 42 Jahre alt, Lun erwieiden.
In Ströbel am 28. Dezember der Granitsteinmetz
Thomas Kriebel, 40 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In Eprechtsbrunn am 28. Dezember der Grifflmacher
Ernst Dowa, 57 Jahre alt, Lungentuberculose; am
17. Januar der Grifflmacher **August Oswald**, 61 Jahre
alt, Grippe.
In Ziegelanger am 2. Januar der Dreher **Johann
Diem**, 48 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In Lübeck am 13. Januar der Steinmetz **Paulus
Dittmar**, 38 Jahre alt, Lungentuberculose.
In Steinach am 14. Januar der Grifflmacher **K. L.
Hoyer**, 54 Jahre alt, Magenkrebs.
In Kaiserslautern am 17. Januar der Sandsteinmetz
Johann Dingas, 51 Jahre alt, Lungentuberculose.
In Dornap am 19. Januar der Kalksteinarbeiter **Luigi
Tobin**, 58 Jahre alt, Grippe.
Chre ibrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von
Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.